Ein wichtiger Fortschritt in Westberlin:

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 212 — 2. Ausgabe 1984 — Preis S 14.-

50 Jahre danach – wieder Militär im Karl-Marx-Hof

Offiziell hieß es über die Angelobungsfeier des Bundesheeres am 12.Februar 1984 im "Karl-Marx"-Hof, man wolle der "tragischen Ereignisse des Feber 1934" gedenken und die "geänderte Rolle" des Militärs in Österreich zeigen: Statt MG-Salven und Artilleriekanonaden diesmal Militärmusik und Gulaschkanonen - wenn das kein Unterschied ist ?!

Allerdings: Militärmusik und Gulaschkanonen gab es auch 1938, und es gab sie auch 1934 und in den Jahren davor. Es gab sie für die "Loyalen" und "Braven", für jene, die sich fromm unters Joch beugten, sich gebrauchen und mißbrauchen ließen, für jene, die bereit waren, für ein Paar Würstel selbst zum extremsten Ausbeuter- und Unterdrücker-Regime "Ja" zu sagen und ihm willfähriger Diener und Büttel zu sein.

Aus dem Inhalt:

"LONGO MAI" - faule Geschäfte und faule Politik 7

Die "VRA", die "Jagd auf die Regierung" und "keine guten Zeiten für die Imperialisten" 9

Stiefellecker ! 11

Die "Autonomen" - im Nachtrab der KPÖ-Revisionisten 12

Volksverdummung ! 13

Genosse Georgi Dimitroff von der westdeutschen Polizei wegen "Verunglimpfung des deutschen Staates und seiner Symbole" unter Anklage gestellt ! 23

Erklärung über den Abbruch der Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B) 27

"Wir müssen die Grenzen sprengen..." 28

Ideologische Debatte 30

Impressum 36

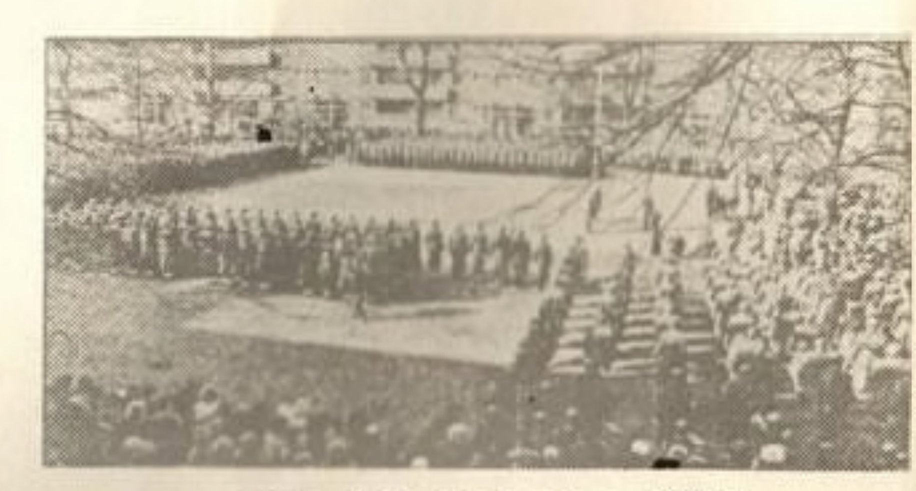
Damals nannte man diese Leute "5-Schilling-Manderln". Für die anderen aber, die "Staatsfeinde", die Aufrührer und Revolutionäre, die sogar vor gewaltsamem Widerstand nicht zurückschreckten, waren eben die MGs und die Kanonen da.



12.FEBRUAR 1934...

Damit aber sind wir auch schon beim wesentlichsten Unterschied zwischen 1934 und 1984: damals leistete die Arbeiterklasse einem Ausbeuter-Regime, das sich immer verhaßter gemacht hatte, entschlossenen Widerstand, griff gegen dieses, wenn auch viel zu spät, zur bewaffneten Gegenwehr - heute dagegen läßt die österreichische Arbeiterklasse scheinbar mit sich geschehen, was ihr die Herrschenden zumuten, trägt sie noch widerstandslos die wachsenden Lasten, die man ihr aufbürdet, läßt sie sich noch buchstäblich jeden Angriff, jede Benachteiligung und Entrechtung, ja jede Provokation gefallen. Braucht man da gegen sie den Einsatz von MGs und Artillerie ? Natürlich nicht. Von einer kleinen Minderheit abgesehen, die vorsorglich observiert, perlustriert und registriert wird, kann man die Masse der österreichischen Arbeiterschaft heute noch behandeln wie die "loyalen", "staatstreuen" Elemente der Dreißigerjahre, kann ihnen Militärmusik und Feldküchen-Proben bieten statt Granaten und blaue Bohnen. Ändert sich diese Situation - und sie wird sich früher oder später unbedingt ändern - dann treten eben wieder die letztgenannten Gaben des Bundesheeres auf die Tagesordnung.

Nur wer die Wirklichkeit absolut nicht sehen will, kann es verkennen: nicht das Bundesheer, die Militärmaschine des kapitalistischen Staates, ist 1984 anders als jene von 1934, sondern der entscheidende Unterschied von damals und heute liegt im Verhalten der Arbeiterklasse, in ihrem Bewußtseinsstand, ihrer Kampfentschlossenheit, ihrer Widerstandsbereitschaft. Das jedoch ist bloß ein zeitweiliger Unterschied. Mögen Ausbeutung und Unterdrückung, Entrechtung und Beraubung auch lange Zeit scheinbar widerstandslos hingenommen werden, eines Tages kommt es zum Widerstand, zur Gegenwehr, einem Waffenstarrenden Unterdrückungsapparat gegenüber zwangsläufig auch zur bewaffneten Erhebung. Auch das ist eine der Lehren des Feber 1934.



... UND 12.FEBRUAR 1984

Unabhängig davon, ob es zum einen oder anderen Zeitpunkt Militärparaden oder Gewehrsalven gegen das arbeitende Volk bietet, bleibt der Charakter und die Rolle des Militärs im kapitalistischen Staat immer gleich. Unabhängig davon, wie kämpferisch oder versöhnlerisch sie sich in dem einen oder anderen Zeitpunkt auch zeigen mag, bleibt

aber auch der Charakter und die Rolle der Arbeiterklasse im kapitalistischen Staat unverändert und unveränderlich. Kein Machtwort der Herrschenden, keine Demagogie der Reformisten und Revisionisten, keine Gebete der Pfaffen werden das jemals zu ändern vermögen.

Deswegen werden auch alle Militärspektakel, alle Observierungen und Perlustrierungen, alle Beschwörungen, es dürfe "nie wieder" einen 12.Februar 1934 geben, nichts daran ändern, daß Ereignisse wie die Februarkämpfe wiederkommen werden, so lange bis sie ein siegreicher Oktober krönt. Was man verhindern kann und verhindern muß, ist lediglich, daß ein neuer Februar wieder mit einer Niederlage der Arbeiter endet.

Das Militärspektakel, welches das Bundesheer am 12.Februar 1984 im Karl-Marx-Hof aufführte, war eine Festveranstaltung der österreichischen Reaktion zur Feier des 50.Jahrestags der Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter vom Februar 1934 und eine provokatorische Demonstration der Einsatzbereitschaft, der Macht und Wacht dieses Heeres gegen alle, die weiter und wieder an Widerstand denken. Es war das freche Auftrumpfen der Februar-Mörder.

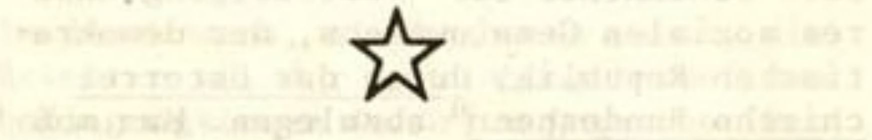
Vorläufig waren es nur wenige, die der Provokation der Arbeitermörder entgegentraten und selbst unter diesen wenigen herrscht noch sehr wenig Klarheit. Dennoch aber lebt in ihnen das Vermächtnis der proletarischen Kämpfer von damals, erweist sich in ihrer bescheidenen Aktion, daß der revolutionäre Geist des Februar 1934 nicht erloschen ist, daß er unausrottbar ist. Denn aus den Wenigen werden mehr werden und ihr Bewußtsein wird sich klären, wofür zu sorgen die Aufgabe der Fortgeschrittensten des Proletariats ist. Im Grunde gibt es überhaupt keine andere Möglichkeit, denn die Geschichte läßt ihre Vollstrecker so lange wieder und immer wieder in den Kampf treten, bis sie die historische Aufgabe, die ihnen gestellt ist, wirklich gelöst haben.



Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd,
wir sind der Sämann, die Saat und das Feld.
Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat.
So flieg, du flammende du rote Fahne
voran dem Wege, den wir ziehen!
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Herrn der Fabriken, ihr Herren der Welt,
endlich wird eure Herrschaft gefällt.
Wir, die Armee, die die Zukunft erschafft,
sprengen der Fesseln engende Haft.
So flieg, ...

Wie auch die Lüge uns schmähend umkreist,
alles besiegend, erhebt sich der Geist.
Kerker und Eisen zerbricht seine Macht,
wenn wir uns rüsten zur letzten Schlacht.
So flieg, ...



DIE "ANGELOBUNG" DES BUNDESHEERES IM KARL-MARX-HOF -- AUSDRUCK DER MILITARISIERUNG DER GANZEN BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT

Was sich am 12.Februar 1984 im Karl-Marx-Hof tat, hat alle Chancen, einmal als typisches Beispiel für Zurschaustellung von imperialistischem Militarismus in eine militärgeschichtliche Abhandlung aufgenommen zu werden. Selbstverständlich gab es den üblichen militärischen Pomp, war politische und gesellschaftliche "Prominenz" auf einer "Ehrentribüne" versammelt und durften auch salbungsvolle Ansprachen der bei solchen Gelegenheiten unvermeidlich in Erscheinung tretenden Pfaffen nicht fehlen, die jedem Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und gegen die Völker ihren "Segen" geben - 1934 wie heute.

Wiens "sozialistischer" Bürgermeister Gratz zeigte einmal mehr, daß er in der hitlerfaschistischen NAPOLA seine Lektion gut gelernt und behalten hat: er rühmte sich selbst, daß gerade er es gewesen sei, der schon vor Jahren die Durchführung derartiger provokatorischer Aufmärsche des Bundesheeres inmitten der Wohnstätten der werktätigen Massen angeregt habe.

Auch der ÖGB übernahm bei dem militaristischen Spektakel eine wichtige Rolle. 1984 kam es zu dem als "einmalig" gepriesenen Ereignis, daß erstmals eine Gewerkschaft, der ÖGB, zur Gänze ein Propaganda-Organ des Kriegsministeriums, nämlich eine Ausgabe der vom BM für "Landesverteidigung" herausgegebenen Zeitschrift "Spind", gestalten durfte: "Das ist in Österreich einmalig. Das hat es in Europa noch nicht gegeben" ("Spind" 1/84). Der ÖGB erfüllte die ihm zugewiesene Aufgabe bedenkenlos. ÖGB-Präsident Benya selbst übernahm es, im "Spind" namens des ÖGB sein Bekenntnis zur "Verteidigung unseres sozialen Gemeinwesens, der demokratischen Republik, durch das österreichische Bundesheer" abzulegen. Man muß



dieses Bekenntnis genau lesen: Benya will das, was er "soziales Gemeinwesen" nennt, nämlich die kapitalistische Ausbeuterordnung, vom Bundesheer durchaus nicht nur gegen irgendwelche "äußeren Feinde" verteidigen lassen, gegen die es am 12.Februar 1934 ja auch garnicht ging, sondern offenbar gegen jegliche Bedrohung, woher immer sie kommen sollte. Mit anderen Worten: Benya bekennt sich nicht nur zur Verteidigung des kapitalistischen "Vaterlands" gegen den "äußeren Feind", sondern begrüßt gerade auch den Einsatz der kapitalistischen Klassenarmee gegen den "inneren Feind", gegen eben jene Arbeiterklasse, als deren "Interessenvertreter" sich die ÖGB-Bonzen, die Gewerkschaftsbürokraten und Arbeiteraristokraten aufspielen !

Überhaupt sollte am 12.Februar 1984 im Karl-Marx-Hof vorgeführt werden, wie sich die "Sozialpartner" bei der Unterstützung "ihres" Staates heute brüderlich die Hände reichen und vereint für ihr "Vaterland" marschieren. Um das zu symbolisieren, wurde ein widerlicher Dreibund organisiert: Jugendliche Vertreter des Monopolkapitalisten

Julius Meinl einerseits und des ÖGB andererseits trugen gemeinsam mit Vertretern der österreichischen Militärhierarchie die österreichische Staatsflagge zum Fahnenmast.



Da wollten auch "KPÖ" und "Vereinigung Demokratischer Soldaten Österreichs" nicht abseits stehen: Sie "begrüßten die Angelobung als ersten Schritt (!) zu einer neuen Traditionspflege" !! ("Volksstimme", 14.2.1984)

So zeigte die "Angelobung" im Karl-Marx-Hof schlaglichtartig den Grad der Militarisierung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft in Österreich. Diese alle Lebensbereiche durchdringende Militarisierung ist kein zufälliger "Auswuchs", sondern das unvermeidliche Resultat der Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, des Imperialismus. Wie Lenin sagte:

> "Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine 'Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen ('Militarismus nach außen', wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats ('Militarismus nach innen')." (Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, LW 15, S.187, 1908)

DIE SCHWÄCHE DES PROTESTS GEGEN DIE PROVOKATION IM KARL-MARX-HOF -- AUSDRUCK DER HERRSCHAFT DES REFORMISMUS UND REVISIONISMUS IN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Daß es den Herrschenden in Österreich überhaupt möglich war, am 50.Jahrestag des 12.Februar 1934 ihre provokatorische "Angelobung" im Karl-Marx-Hof anzusetzen und durchzuführen, wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den heutigen Stand der österreichischen Arbeiterbewegung, die sich solches gefallen läßt.

Daß eine derartige Verhöhnung der österreichischen Arbeiterklasse, an der sich gerade auch die Muhri-"KPÖ" beteiligte, durchgezogen werden konnte, o h n e auf den energischen Protest der werktätigen Massen zu stoßen, zeigt krass, daß diese arbeitenden Massen gegenwärtig in einem wahrhaft katastrophalen Grad unter der ideologischen, politischen und organisatorischen Herrschaft der Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, der Reformisten und Revisionisten, stehen, welche diese Provokation auftragsgemäß begeistert begrüßten ! Es ist weiters ein Ausdruck der Tatsache, daß der Einfluß und die politische Kraft der österreichischen Marxisten-Leninisten derzeit noch sehr gering sind und ihr Kampf für den Neuaufbau einer wirklich revolutionären, wirklich kommunistischen Partei noch in den Anfängen steckt.

Dennoch: G a n z so ungestört, wie sich das die Macher der Provokation im Karl-Marx-Hof vorgestellt und gewünscht hatten, konnten sie ihr reaktionäres militaristisches Schauspiel auch nicht über die Bühne bringen.

In dem Moment, als begonnen wurde, die Rekruten mit der Angelobungsformel zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem imperialistischen Klassenstaat zu ver-

pflichten, setzten lautstarke Proteste von etwa 200 Menschen ein, erscholl ein Pfeifkonzert, krachten an verschiedenen Punkten Knallkörper und erklangen Sprechchöre "Bundesheer - Arbeitermörder", "Nazi" usw. Von dem Angelobungseid war auf dem größten Teil des Platzes kaum mehr was zu hören - "ein ohrenbetäubender Lärm", mußte selbst der "Kurier" am nächsten Tag zugeben und auch den Tonmanipulatoren von Radio und Fernsehen gelang es nicht, den Protestlärm aus ihren Bändern herauszufiltern, sodaß sie die Vereidigung selbst zum Großteil wegschnitten.

Hält man sich allerdings vor Augen, wie ungeheuerlich die Provokation am 12.Februar im Karl-Marx-Hof war, welcher machtvoll bekundete Protest und welch entschiedener Kampf dagegen notwendig gewesen wäre und vergleicht damit, was tatsächlich dagegen gemacht wurde, so wird klar, daß es keinen Grund gibt, sich euphorisch darüber zu äußern. Ihrem Charakter nach war die Protestaktion weit entfernt davon, ein wirklich militanter antimilitaristischer Kampf gewesen zu sein. Sie war in mehrfacher Beziehung überaus mangelhaft und unbefriedigend.

Erstens war sie nicht wirklich organisiert, sondern entwickelte sich weitgehend spontan, einfach auf grund der Tatsache, daß ein gewisses Potential fortschrittlicher Menschen vorhanden war, die über die Provokation empört und bereit waren, sich an irgendeiner Aktion dagegen zu beteiligen. Es gab keine vorherigen Absprachen und gemeinsamen politischen und organisatorischen Vorbereitungen fortschrittlicher, wirklich antimilitaristischer Gruppen und Kräfte für eine Gegenaktion.

Das schuf zweitens einen günstigen Boden dafür, daß diverse reaktionäre Scharlatane die Situation benutzen konnten, um im Trüben zu fischen, d.h. sich als angebliche Verteidiger der Februar-Kämpfer, als "Antimilitaristen" und "Linke" aufzuspielen, obwohl sie es nicht sind. Das gilt besonders für die Trotzkisten, die mit allen Mitteln versuchten, sich in den Vordergrund zu spielen und ehrliche Kräfte, die wirklich etwas gegen Imperialismus und Militarismus machen wollten, auf ihren reaktionären Leim zu bekommen. Aber auch die Polit-Geschäftsleute von "Longo Mai" waren eifrig auf der Suche nach Zuwachs für ihre Schafherde. Indem sie sich mit dem Ruf "Nazis raus aus der Regierung!" lediglich gegen die Anwesenheit des FPÖ-Justizministers Ofner wandten, versuchten sie praktisch, den Protest gegen die von der gesamten SPÖ-FPÖ-Regierung und der herrschenden Klasse überhaupt organisierte Provokation in einen bloßen Protest gegen ein einzelnes Regierungsmitglied umzubiegen, so als ob diese Regierung ohne die Figur des Herrn Ofner auch nur um einen Deut weniger reaktionär und arbeiterfeindlich wäre. (Siehe auch Kasten über "Longo Mai" auf der folgenden Seite.)

Drittens war die ganze Aktion viel zu schwach und dürftig - nicht bloß im Hinblick auf das, was notwendig gewesen wäre, sondern selbst in bezug auf das, was unter den gegenwärtig bestehenden schwierigen Bedingungen durchaus schon möglich gewesen wäre.

U n d   d e n n o c h : Schon die Tatsache, daß sich überhaupt irgendein Protest gegen das reaktionäre Militaristenspektakel im Karl-Marx-Hof regte, genügte schon, um die Staatsorgane, die zur "Sicherung" der Provokation den Karl-Marx-Hof und die ganze Umgebung in Belagerungszustand versetzt hatten, nicht nur während der "Angelobung" selbst, sondern auch in den Tagen und Wochen danach zur Unterdrückung und Verfolgung des Protests kräftig "amtshandeln" zu lassen.

DIE ANGEBLICHE "TOLERANZ" DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE UND DIE WIRKLICHEN DRACHENZÄHNE DES BÜRGERLICHEN STAATES

Daß jene, die der Provokation im Karl-Marx-Hof nicht tatenlos zusehen wollten, nicht sogleich zusammengeknüppelt und massenweise verhaftet wurden, wurde von der bürgerlichen Presse, die selbstverständlich gegen diese "Ewiggestrigen" hetzte, gleich als "Beweis" für die "Toleranz" der Machthaber dieses Staates

Fortsetzung auf S.9

"LONGO MAI" - faule Geschäfte und faule Politik

Die österreichische "Longo-Mai"-Gruppe ist eine Nachgeburt der praktizistischen Gruppe "Spartakus" um Jakob Mytheis, Michael Genner, Willi Stelzhammer und andere, die Ende der Sechzigerjahre aus der KPÖ hervorging und um die sich die "Rote Fahne" bzw. die MLPÖ Anfang der Siebzigerjahre aufrichtig bemühte.

Eine zeitlang machte die diffus antirevisionistisch eingestellte Gruppe politische Fortschritte und es kam zu einigen gemeinsamen Aktionen in tagespolitischen Fragen. Es gelang jedoch nicht, die Gruppe von ihrem extrem praktizistischen Kurs und ihrer fast ausschließlichen Orientierung auf gesellschaftliche Randschichten abzubringen und als sie sich immer mehr dem Sexismus Wilhelm Reichs zuwandte, wurde die Zusammenarbeit mit ihr auch in tagespolitischen Fragen immer weniger möglich.

Einige Aktivitäten der Gruppe "Spartakus" hatten das Mißfallen der österreichischen Behörden gefunden und deren Schikanen ausgelöst. Statt diesen aber prinzipienfest die Stirn zu bieten, gingen die führenden Vertreter der Gruppe schließlich lieber ins Ausland und bildeten dort zusammen mit einer schweizer und einer französischen Gruppe eine Art von paneuropäischer Vereinigung, die sich brachliegender Ländereien annahm und auf ihnen Wohn- und Produktionskollektive für Jugendliche gründete, die aus der bürgerlichen Gesellschaft "aussteigen" wollten bzw. von ihr bereits heimat- und brotlos gemacht worden waren. Die Existenzfähigkeit dieser sogenannten "Europäischen Kooperative LONGO MAI" beruht einerseits natürlich auf der mehr oder minder unbezahlten Arbeitskraft ihrer jugendlichen Mitglieder, andererseits aber auch auf ständigen Spendensammlungen bei allen möglichen staatlichen, religiösen und karikativen Vereinen und begüterten Einzelpersonen, die bereit sind, sich die Bewahrung jugendlicher Außenseiter und "Problemfälle" vor der Ansteckung durch revolutionäre Ideen einiges kosten zu lassen. Als Bewahrer der Jugend vor revolutionären "Verirrungen" und "Radikalismus" boten und bieten sich maßgebliche "Longo-Mai"-Führer den herrschenden Klassen auch immer wieder an, so zum Beispiel auch Michael Genner der österreichischen Regierung in einem Artikel in "Arbeit und Wirtschaft" 5/1978. In diesem Artikel, in dem Michael Genner u.a. für das SPÖ-Programm und für Kreisky liebedienerisch Reklame macht, beschreibt er die schrecklichen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit mit der Aufzählung: "Jugendkriminalität, Rauschgift, die Gefahr der Radikalisierung jeder Art" und bietet seine Gruppe als Gegenmittel an. "Longo Mai" könne, mit Unterstützung aus dem "Investkreditprogramm der Bundesregierung" natürlich, auch eine wichtige Aufgabe zur Rettung der Bauernschaft und des Mittelstandes erfüllen und so der Gesellschaft helfen. Denn: "Wo Bauern und Mittelstand verelenden, droht auch die Gefahr der politischen Radikalisierung". Kein Wunder, wenn angesichts solcher Versprechungen konservative "Leute aus fast allen Gesellschaftsschichten - Gewerbetreibende, Pfarrer, Ärzte, Lehrer, Gewerkschafter" für "Longo Mai" die Brieftaschen öffnen, wie Genner stolz berichtet.

Auch bei der französischen Regierung sowie auch bei der UNO wirbt "Longo Mai" unter Hinweis auf ihre so geartete Nützlichkeit um finanzielle Zuschüsse. Daß das nicht ohne Erfolg geschieht, also die Nützlichkeit von "Longo Mai" für die kapitalistisch-imperialistische Gesellschaft tatsächlich erkannt und gewürdigt wird, zeigt sich daran, daß "Longo Mai" längst nicht nur kapitalstark genug ist, Bauernwirtschaften, Geschäfte und kleine Fabriken zu kaufen, sondern sich sogar an eigenständige große Bankgeschäfte heranwagt, eine Anleihe mit dem Nennwert von 15 Millionen Schweizerfranken aufgelegt hat, Kredite an von der Rezession bedrohte Geschäftsleute anbietet usw.*

Diese ungeniert großkapitalistische Geschäftemacherei hindert die "Longo Mai"-Manager indessen keineswegs, sich den zu werbenden jungen Menschen gegenüber als betont systemkritisch, linksorientiert, ja sogar als revolutionär vorzustellen, sich einer gewissen "antikapitalistischen" Sprache und Argumentation zu bedienen und besonders in "Antifaschismus" zu machen.

Wie viel, richtiger gesagt, wie wenig

* "In den sieben Jahren seit ihrer Gründung hat Longo Mai bei Kirchengemeinden, Gewerkschaften und bei Industriellen über 30 Millionen Mark an Spenden und Darlehen eingetrieben... Bundesminister Hans Apel, damals noch Chef des Finanzressorts, stiftete der Alternativbewegung ein Schaf..." ("Der Spiegel" Nr.34, 1980)

Fortsetzung auf S.8

Fortsetzung von S.7

das wert ist, hat sich gerade auch anläßlich der Bundesheer-Provokation am 12.Februar 1984 im "Karl-Marx"-Hof erwiesen. So schreibt die "Longo-Mai"-Gruppe in dem dort verteilten Handzettel:

"Das Deutschland der Nazis Zimmermann und Strauß übt Druck auf unsere Wirtschaft aus. Die Creditanstalt und ihr General Hannes Anschluß wollen die Verstaatlichte reprivatisieren. Sie (!) erzeugen die Krise, auf deren Nährboden der Faschismus wächst - wie auch Kreisky richtig bemerkt."

Das ist offen sozialchauvinistische Unterstützung "unserer Wirtschaft", d.h. der österreichischen Imperialisten gegen die "Konkurrenz" aus dem Ausland. Vertuscht wird, daß das imperialistische System in Österreich selbst der Nährboden für den Faschismus ist und zugleich wird für eine Figur des österreichischen Finanzkapitals, Kreisky, die Werbetrommel gerührt. Mit Chauvinismus und Klassenkollaboration hat das sehr viel, mit wirklichem Antifaschismus und Antimilitarismus aber nichts zu tun !

Wem das noch nicht deutlich genug ist, der lese das Flugblatt, das Michael Genner namens der Kulturgruppe von "Longo Mai" ("Comedia Mundi") versendet und in dem zum Besuch eines dem 12.Februar 1934 gewidmeten Theaterstücks eingeladen wird, mit dem "Longo Mai" die "Wiener Festwochen" zu bereichern beabsichtigt. Es heißt in dem Flugblatt:

"Das Kapital ist in der Offensive, auch in Europa. Alle fortschrittlichen Regierungen (Frankreich, Griechenland, Österreich) sollen destabilisiert, alle unbequemen Kräfte beseitigt werden. Sie wollen uns mit allen Mitteln hoffnungslos machen."

Jetzt wissen wirs: Die Sinowatz-Steger-Regierung, eben jene, welche die Provokation im Karl-Marx-Hof organisiert hat, ist eine "fortschrittliche" Regierung ! Sie ist nicht etwa die direkte Interessenvertretung und das Vollzugsorgan der herrschenden Ausbeuterklassen, wie sich das der Marxismus einbildet, sondern das glatte Gegenteil, offenbar eine Hochburg der Volksherrschaft, weshalb es das Kapital zur Zielscheibe seiner Angriffe, zum Objekt seiner Offensive, zum Opfer seiner "Destabilisierungs"-taktik gemacht hat. Also muß doch eine solche fortschrittliche, antikapitalistische Regierung von den Arbeitern verteidigt werden, darf sie nicht angegriffen und auch von der Seite des Volkes her "destabilisiert" werden, sondern umgekehrt, muß man sie sogar stabilisieren, festigen ! Würden wir eine für das Kapital derart "unbequeme Kraft" wie die doch so fortschrittliche Sinowatz-Steger-Regierung nicht hüten und schützen, so würden wir uns ja geradezu selber "hoffnungslos" machen...

Ganz ins Bild paßt, welche Haltung "Longo Mai" überhaupt zu dem in Österreich bestehenden kapitalistischen Klassenstaat und seinen Unterdrückungsorganen einnimmt. Gegenüber faschistischen Provokationen erklärte "Longo Mai" jüngst:

"Wir hoffen, daß die Polizei und die Justiz ihre Arbeit tun werden" (Pressekommunique Juni 1984).

Allein diese Zitate aus dem politisch-ideologischen Fundus von "Longo Mai" dürften schon genügen, um die Sorte von "Linken", mit denen wir es hier zu tun haben, für jetzt und alle Zukunft als primitive Demagogen, als reaktionäre Rattenfänger und Schwindler zu entlarven. Dessenungeachtet werden wir auf das Thema "Longo Mai" zu gegebener Zeit und aus gegebenem Anlaß, notfalls auch noch ausführlicher zurückkommen.●

Studiert den Marxismus-Leninismus !

Fortsetzung von S.6

hingedreht. So tönte etwa der "Kurier" am folgenden Tag: "Bei früheren ähnlichen Gelegenheiten sind die Gummiknüppel geflogen, hier war man so klug, eine Versöhnungsfeier nicht in gewalttätigem Chaos zersplittern zu lassen." Im Klartext: Es erschien den Herrschaften in diesem Fall nicht opportun, in dem Moment die Peitsche zu offen sehen zu lassen, wo gerade das Zuckerbrot der geheuchelten "Versöhnung" serviert werden sollte !

Zugleich ist es ein durch und durch verlogenes Geschwätz der Tintenkulis der Bourgeoisie, wenn sie prahlten, wie tolerant man hierzulande doch sei, wo man angeblich 5 Meter hinter dem Bundespräsidenten ganz unbehindert seinen Protest äußern dürfe.

Die Reaktion des bürgerlichen Staates sah zunächst so aus, daß ein Stapo-Bulle einem Demonstranten einen derart brutalen und gezielten Tritt in die Hoden versetzte, daß dieser schwer verletzt wurde und die ihm derart zugefügte Hodenzerquetschung eine sofortige zweistündige Operation notwendig machte. "Es bestand Lebensgefahr" (Kurier, 17. 2.1984).

Nebenbei bemerkt: ein solcher brutaler Hodentritt will gelernt sein und es waren bekanntlich die GESTAPO- und SS-Schergen, welche in den Folterkellern und KZs des Hitlerfaschismus solche Hodentritte "praktizierten" - nur daß man damals die Opfer an den Folgen zugrunde gehen ließ, während der österreichische "Sozialstaat" von heute immerhin operieren läßt.



Der Hodentreter - gemäß der Devise "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus" stellten sich die Staatsorgane hinter ihren diensteifrigen Büttel und verliefen die zum Schein eingeleiteten "Ermittlungen" im Sande.

Bei diesem einen reaktionären Gewaltakt beließ man es jedoch nicht. Schon während der reaktionären Provokation im Karl-Marx-Hof und schon vor der Protestkundgebung wurden "verdächtig" aussehende Personen in großer Zahl perlustriert und ihre Personalien festgehalten. Gegen mehr als 20 willkürlich herausgeforschte angebliche "Störer", die einer Reihe reaktionärer Schikanen, Polizeiverhören, Nachstellungen usw. ausgesetzt wurden, wobei es den Staatsbütteln gerade auch darum ging, "Informationen"

Fortsetzung auf S.12

DIE "VRA", DIE "JAGD AUF DIE REGIERUNG" UND "KEINE GUTEN ZEITEN FÜR DIE IMPERIALISTEN"

'Da schweigen heißt zustimmen' - dieser Satz läßt sich auf die Haltung der Jocha-Gruppe ("Vereinigung Revolutionärer Arbeiter") zur Provokation im Karl-Marx-Hof anwenden. In allen drei Nummern ihres Blättchens "für die volksmacht", die in diesem Jahr erschienen sind, haben es die Jocha-Leute tunlichst vermieden, auch nur mit einem Sterbenswörtchen darauf einzugehen.

Kein Wunder, wenn man weiß, welche Sorgen diese prinzipienlosen Biertisch-"Politiker" in jüngster Zeit wirklich quälen. Es ist die Sorge um "unsere" Bundesregierung und besonders einige ihrer Minister, welche die "VRA" in geradezu beängstigender Weise von den Unternehmern bedrängt sieht. Wie der Jocha-Verein jetzt entdeckt hat, ma-

Fortsetzung auf S.10

Fortsetzung von S.9

chen die Unternehmer direkte "Jagd auf die Regierung" - so eine Schlagzeile in der Nr.213 der "volksmacht". Besonders hätten es die Kapitalisten auf einige Minister abgesehen, deren Politik angeblich nicht im Interesse des Kapitals liege, deshalb "blasen sie zum Halali auf ihnen noch zu zahme Minister wie Haiden und Salcher" (S.1). Die Jocha-Leute sehen eine regelrechte "Jagd auf Minister wie Haiden und Salcher" im Gange und eine Wiener Tageszeitung, so "VRA", "verriet die wahren Interessen der Unternehmer ungeschminkt: Salcher - zum Abschuß frei" (S.6).

Erstaunlich, erstaunlich: Finanzminister Salcher ist also gar kein "richtiger" Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals, denn er vertritt gar nicht "die wahren Interessen" der Kapitalisten und überhaupt gehen diese, man höre, erst jetzt daran, "die Regierung voll und ganz nach ihren Wünschen auszurichten" (ebenda). Klar, daß da die "VRA" zur Verteidigung solcher "klassenkämpferischer" SP-Führer wie Finanzminister Salcher oder Landwirtschaftsminister Haiden aufspringt.

Diesbezüglich haben Jocha & Co. schon vor geraumer Zeit verkündet: "In Bausch und Bogen alle SP-Führer, alle Funktionäre bereits als kapitalistische Machthaber zu verdammen, wäre falsch und unrichtig... Sind Führer bereit, den Wünschen und Vorstellungen der Mitglieder (oder der "VRA", Anmerkung RF-Redaktion) zu entsprechen und zu dienen, muß man solche Führer unterstützen" ("vm" 140, S.2).

So erweisen sich Jocha und Konsorten einmal mehr als bloßer Wurmfortsatz der reaktionären österreichischen Sozialdemokratie. Dem entspricht auch, daß sich die "VRA" keineswegs als im Gegensatz zu den Regierungs-"Sozialisten" stehend betrachtet, sondern als eine Art Zusatzverein vorstellt, in dem SPÖ-ler herzlich eingeladen sind, denn Mitglied der "VRA" können alle werden, "egal ob sie parteilos oder Mitglieder einer verbürgerlichten Arbeiterpartei sind", worunter die "VRA" gerade die imperialistische SPÖ versteht ("vm" 136, S.7)

* * *

Auch auf außenpolitischem Gebiet hat der Jocha-Verein in jüngster Zeit eine bemerkenswerte Entdeckung gemacht. Wie die VRA-Dreiweltler jetzt bemerken, "ist's keine gute Zeit für Imperialisten. Das zeigt allein schon die Tatsache, daß sie immer wieder leisetreten müssen" ("vm" 214, S.11). Wahrhaftig eine wenig originelle Neuauflage der chruschtschowistischen These von dem angeblich gezähmten Imperialismus, der nicht mehr und immer weniger tun könne, wie er wolle.

"Imperialisten" sind dabei für die "Drei-Welten-Anhänger" der "VRA" sowieso nur die "Supermächte" USA und SU, denn nur "die Supermächte rüsten zum Krieg" (ebenda). Die anderen Imperialisten sind anscheinend ganz friedfertig und sorgen sich bloß um ihre "Landesverteidigung", zu der die Jocha-Leute besonders den "eigenen", den österreichischen Imperialisten auch immer wieder ihre konstruktiven Ratschläge erteilen.

"Leisetreten" müssen die "Supermächte" nach Ansicht der "VRA" auch angesichts eines solchen Fortschritts wie der Errichtung des faschistischen Khomeini-Regimes im Iran, welches diese üblen Figuren begeistert unterstützen und dessen faschistischer Botschaft in Wien sie deshalb auch "Solidaritätsschreiben" schicken ("vm" 177, S.10).

Entstanden als Totgeburt ohne Prinzipien, seit Jahren dahinsiechend und nur immer wieder den selben reaktionären Mist vor sich hinbrabbelnd, nehmen Jocha und Konsorten in letzter Zeit sogar immer weniger Rücksicht auf die Wahrung irgendeines "revolutionären" Scheins und suchen sie ihr Heil in immer noch hemmungsloser betriebener Unterstützung der Konterrevolution. Wer auch nur über etwas Klassenbewußtsein verfügt, wird sich mit Abscheu von dieser Gruppierung abwenden.●

STIEFELLECKER !

Zufällig war es ausgerechnet ein "Volksstimme"-Redakteur, der den hodentretenden Stapo-Bullen am 12.Februar 1984 fotografierte und als man der Form halber die "Ermittlungen" gegen den Kieberer einleitete, hielt es die "Volksstimme" selbstverständlich für ihre staatsbürgerliche Pflicht, ihren Beitrag zu leisten: "Wir veröffentlichen das Photo, um diese Ermittlungen zu erleichtern" ("VS", 15.2.1984). Voller Stolz, daß gerade dieses Foto zur Identifizierung des Hodentreters beigetragen habe, schrieb die "VS" wenige Tage später: "Im Alleingang deckte die 'Volksstimme' den Stapo-Skandal auf" ("VS", 19.2.1984). Das Revisionistenblatt tat dies allerdings nicht, ohne von vornherein klargestellt zu haben, daß es den Unterdrückungsorganen des bürgerlichen Klassenstaats lediglich bei deren "Pflichterfüllung" behilflich sein und diesen auf keinen Fall zu nahe treten wolle. Ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem Vorgehen der Staatsorgane gegen die Demonstranten im Karl-Marx-Hof ausdrückend, schrieb die "Volksstimme" gleich am 14.2., als der "Stapo-Skandal" bekannt wurde, zur Absicherung: "Möglicherweise hat sich der junge Mann der Staatsgewalt nicht sofort gebeugt" - was er nach Meinung der Herren Redakteure von der "Volksstimme" wohl hätte sofort und unbedingt tun müssen !

Doch "Undank ist der Revisionisten Lohn". Statt Wohlwollen gegenüber den eifrigen "Volksstimme"-Redakteuren an den Tag zu legen und ihnen für die "Unterstützung" bei den "Ermittlungen" zu danken, taten die Staatsorgane etwas ganz anderes, nämlich das gerade Gegenteil. "VS"-Redakteur Feichtinger, der das Bild machte, erhielt einen "Ladungsbescheid" und Strafverfügungen wegen angeblicher Teilnahme bei "Störaktionen während der Abgelobungsfeier". Er - ausgerechnet er als Redakteur der "Volksstimme", welche die Provokation im Karl-Marx-Hof als einen "ersten Schritt" einer "neuen Traditionspflege" ausdrücklich begrüßte - erhielt eine Strafverfügung, weil er angeblich im Karl-Marx-Hof Parolen gerufen habe wie "Bundesheer - Arbeitermörder" !

Diese "Anklagen" gegen den KPÖ-Redakteur sind selbstverständlich völlig aus der Luft gegriffen und konstruiert. Das weiß jeder, der die revisionistische KPÖ auch nur ein wenig kennt. Wir glauben, daß dem KPÖ-Redakteur Feichtinger selbst im Hypnosezustand die Worte "Bundesheer - Arbeitermörder" kaum über die Lippen gehen würden.

Den KPÖ-Revisionisten gingen die Nadelstiche gegen ihren Redakteur so sehr an die Nieren, daß Parteivorsitzender Muhri höchstpersönlich es für geboten hielt, eine Ehrenerklärung zugunsten dieses imperialistischen Klassenstaates und seiner Armee an die Adresse des Innenministers abzugeben:

> "Die KPÖ gehört zu den Gründungsparteien der Zweiten Republik. Sie hat für das Wiedererstehen eines demokratischen Österreich schwere Opfer gebracht, was auch Ihnen bekannt sein dürfte. Die KPÖ hat auch niemals das Bundesheer der Zweiten Republik als 'Arbeitermörder' oder 'Nazi' bezeichnet. Redakteur Feichtinger ist überdies auch Reserveoffizier." ("VS", 30.3.1984)

Den Herrschenden ist das alles natürlich wohlbekannt und sie hätten dieser Loyalitätsversicherung nicht bedurft, um zu wissen, daß die KPÖ-Revisionisten mit nicht geringerer Furcht vor der proletarischen Revolution zittern wie die Sinowatz, Mock, Steger, Androsch, Mauthner-Markhof usw. Sie hörten auch nach dieser Ergebenheitserklärung nicht auf, dem "VS"-Redakteur Feichtinger zuzusetzen, da sie der Meinung sind, daß die Veröffentlichung solcher Fotos nicht zu den Lakaiendiensten gehört, welche die "KPÖ" den Herrschenden zu erweisen hat.

Über die Reaktion der KPÖ-Revisionisten darüber können sich die Staatsorgane im Grunde nur freuen. Nicht in der "Kronenzeitung", sondern in der "Volksstimme" liest man folgendes Lob der Polizei, der im vollständig bürgerlichen Sinne bescheinigt wird:

> "Man möchte glauben, die Polizei sei dazu da, um Vergehen und Verbrechen zu verhindern beziehungsweise aufzuklären. Meistens tut sie das auch." ("VS", 6.5.1984)

Von dieser die reaktionären Unterdrückungskräfte grundsätzlich unterstützenden Position aus - die kürzlich auch dazu führte, daß die "KPÖ" die Aufrüstung der Polizei mit moderneren Pistolen ausdrücklich begrüßte ! - "kämpft" die revisionistische "Volksstimme" um ihr "Recht", doch auch einzelne "Mißstände" und "Übergriffe" aufdecken bzw. zu deren Aufdeckung beitragen zu dürfen. Eigentlich ist alles in bester Ordnung, doch leider:

> "Manchmal aber werden Verbrechen von Polizisten nicht verhindert, sondern begangen. Dann wird's schlimm." (Ebenda)

Daß die Staatsorgane einfach nicht davon ablassen wollen, den unbescholtenen KPÖ-Redakteur Feichtinger zu drangsalieren, kann sich die "Volksstimme" nach all den persönlichen Erklärungen Feichtingers ("Ich war als Journalist dort und nicht als Demonstrant") und all den Ergebenheitsadressen der Muhri-Revisionisten nur noch als "Rachefeldzug gegen 'Volksstimme'-Redakteur hinter Minister Blechas Rücken" erklären ("VS", 6.5.1984).

Daß die Stapo gegenüber Feichtinger auch noch mit allen möglichen Kniffen geblufft hat, läßt bei der "Volksstimme" die verzweifelte Frage entstehen:

> "Hat der Minister seine Staatsschützer noch unter Kontrolle oder stößt der Staatsbürger hier hilflos auf einen unkontrollierbaren verschworenen Apparat ganz geheimer Sonderpolizisten, die tun und lassen können, was sie wollen ?" (Ebenda)

Schließlich sehen die "Volksstimme"-Revisionisten keinen anderen Ausweg mehr, als an den FPÖ-Justizminister Ofner zu appellieren, er möge den von "ganz geheimen Sonderpolizisten" verfolgten KPÖ-Redakteur Feichtinger aus seiner Lage erlösen und bedenken, daß er und seine FPÖ-Parteifreunde eines Tages selbst in eine solche Lage geraten könnten:

> "Wenn der Minister glaubt, mit einer Polizeiabteilung glücklich zu werden, die ihn belügt und hintergeht, die private Rachefeldzüge unternimmt, weil einer der Ihren bei einer schweren Körperverletzung ertappt wurde, dann wird er sich spätestens zu dem Zeitpunkt wundern, zu dem auch Angehörige seiner Partei unter die staatspolizeilichen Räder geraten." (Ebenda)

Daß die "KPÖ" eine gemeinsame Interessenslage mit der aus dem faschistischen VdU hervorgegangenen und dessen unmittelbare Fortsetzung bildende Schandpartei von SS-Peter beschwört, bedarf wahrhaftig keines weiteren Kommentars.●

Fortsetzung von S.9

über politische Einstellungen und Verbindungen herauszupressen, wurden einen Monat später Strafverfügungen wegen "Verletzung des öffentlichen Anstands", "ungebührlicher störender Lärmerregung" usw. mit empfindlichen Geldstrafen verhängt. Gegen eine Reihe von Personen wird gegenwärtig ein Strafprozeß konstruiert wegen "Herabsetzung" des bürgerlichen Staates !

Dieses Vorgehen ist eine ganz typische Art, wie heute in Österreich gegen unliebsame "Elemente" auf ganz "unauffällige" und zum Teil in scheinbar ganz "unpolitischer" Weise ("Lärmerregung") vorgegangen wird.

Fortsetzung auf S.13

Die "Autonomen" - im Nachtrab der KPÖ-Revisionisten

Der reformistische Charakter des Protests der allermeisten an der Aktion im Karl-Marx-Hof beteiligten Kräfte zeigte sich besonders in der entscheidenden Frage der Haltung zur Frage von Staat und Revolution im allgemeinen und der Rolle und des Charakters der bürgerlichen Armee im besonderen. Allesamt propagierten diese Gruppierungen reformistische und revisionistische Konzepte, die sich unmittelbar g e g e n die entscheidende Schlußfolgerung des Marxismus-Leninismus in Bezug auf den bürgerlichen Staat richten, welche besagt:

> "Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, zerbrechen.
>
> Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat. ...
>
> In diesen Worten: 'die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen', ist kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten." (Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.418 und 428)

Nehmen wir als Beispiel das Flugblatt der "Autonomen". Was setzten sie den reaktionären Lobeshymnen der Veranstalter der Provokation im Karl-Marx-Hof auf die bürgerliche Armee entgegen ? Was entgegneten sie im besonderen den Muhri-Revisionisten, welche gerade zu diesem Anlaß in ihrem Flugblatt "eine umfassende DEMOKRATISIERUNG des österreichischen Bundesheeres", d.h. seine Erhaltung und "demokratisch" verbrämte Vervollkommnung und Stärkung forderten und damit ihren vollständigen Verrat am Marxismus-Leninismus bekundeten ?

Im Flugblatt der "Autonomen" heißt es gleich zu Beginn: "Es gibt keine Versöhnung zwischen Militär und Arbeiterklasse !" - Ausgezeichnet ! möchte man sagen, das richtet sich gegen die Bourgeoisie und die Revisionisten. Doch beim näheren Hinsehen zeigt sich, daß die "Autonomen" im Kern die selben antimarxistischen Grundthesen über die Armee und den bürgerlichen Staat vertreten wie die Muhri-KPÖ. Ihr Flugblatt endet mit einem Absatz, in dem zu lesen ist:

> "Außerdem ist die Struktur innerhalb des Bundesheeres so autoritär, daß es jederzeit für reaktionäre Kräfte NUTZBAR ist. Das Heeresnachrichtenamt spielt (in Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtenamt in der BRD) eine völlig von allen demokratischen (!) Einrichtungen a b g e h o b e n e Rolle. Von diesen Strukturen her wäre also jederzeit ein Militärputsch möglich."

Diese Auffassungen bewegen sich ganz im Rahmen bürgerlicher und revisionistischer Vorstellungen. Bestritten wird, daß das Bundesheer keineswegs nur "für reaktionäre Kräfte n u t z b a r ist", sondern seinem ganzen Charakter, seiner Funktion und seiner Rolle gemäß, in welcher Form auch immer es strukturiert ist, reaktionär und konterrevolutionär ist. Diese These der "Autonomen" paßt direkt ins Schema der KPÖ-Revisionisten, welche die "umfassende Demokratisierung" des Bundesheeres und die "Entfernung aller reaktionären Kräfte" aus dieser Armee fordern, um die tödliche Illusion zu verbreiten, als ob sich die bürgerliche Armee in eine fortschrittliche Armee im Dienste der arbeitenden Massen umwandeln ließe !

Die "Autonomen" bemängeln weiters, daß das Heeresnachrichtenamt "eine völlig von allen DEMOKRATISCHEN Einrichtungen a b g e h o b e n e Rolle" spielen würde. Ja welchen "demokratischen Einrichtungen" denn ? Damit können offensichtlich nur die Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie in Österreich, der bürgerliche Parlamentarismus, gemeint sein. Mit dem Geschwätz von den "demokratischen Einrichtungen" wird gerade der konterrevolutionäre Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie vertuscht.

In diesen revisionistischen Rahmen fügt sich auch die These ein, daß "von diesen Strukturen her" jederzeit ein "Militärputsch möglich sei. Damit wird der irrige Eindruck erweckt, daß die "Militärs" ganz "abgehoben" von den Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie eine eigenständige Rolle spielen. Damit wird geleugnet, daß die Armee in einem imperialistischen Land wie Österreich das Instrument der ganzen imperialistischen Bourgeoisie ist, das entscheidende Gewaltmittel der konterrevolutionären Diktatur einer auf der ganzen Linie reaktionären Bourgeoisie ist.

Im Übrigen zeigt sich auch noch in anderer Beziehung, daß sich die "Autonomen" (!) im Nachtrab der KPÖ-Revisionisten bewegen und in gewisser Hinsicht als "linker" Flügel des Chruschtschow-Breshnew-Revisionismus in Erscheinung treten. Sie betreiben nämlich auch eine Propaganda der Inschutznahme der russischen Sozialimperialisten und des imperialistischen Warschauer Pakts. In ihrem Flugblatt zum 12.Februar heißt es: "Das Heeresnachrichtenamt HNA, die Spionageabteilung des Bundesheeres, betreibt Offensivspionage gegen den Warschauer Pakt". Tatsächlich leugnen die "Autonomen", daß die russischen Sozialimperialisten ihrem Wesen nach genauso aggressiv sind wie die westlichen imperialistischen Mächte und Großmächte. In dem Flugblatt, welches die "Autonomen" auf der "Friedensdemonstration" am 22.Oktober 1983 verteilten, wird der heutigen imperialistischen Großmacht Rußland, die das gerade Gegenteil von der ehemals sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins ist, bescheinigt, es sei "die Macht, die hinter diesen Raketen steht (SS 20-AdV)... noch lange nicht so aggressiv wie die westlichen imperialistischen Staaten" ! Politisch führt diese Inschutznahme der russischen Sozialimperialisten unvermeidlich zur Rechtfertigung und Unterstützung deren Verbrechen und Aggressionen, sei es in Afghanistan oder anderswo.

Die Marxisten-Leninisten Österreichs müssen die reformistische und revisionistische Linie und Politik, bei wem immer sie sich zeigt, unversöhnlich bekämpfen und zeigen, daß jene, die - von dem extremen Reformismus der KPÖ angewidert - in Kräften wie den "Autonomen" eine "linke" Alternative zu erblicken glauben, in der Tat vom Regen in die Traufe geraten. Denn auch wenn sich diese Kräfte heute noch gegen bestimmte extrem konterrevolutionäre Schlußfolgerungen und Positionen der KPÖ aussprechen, so tun sie das doch auf einer grundlegend modern-revisionistischen, reformistischen Linie.

Unschwer vorzustellen, was die Staatsgewalt der österreichischen Bourgeoisie erst tun wird, wenn sich die Protestaktionen und der Widerstandskampf auf die werktätigen Massen, besonders die Arbeiterschaft, ausdehnen wird, wenn der Kampf der Massen militante Formen annehmen und vor allem solche Forderungen und Ziele zum Inhalt haben wird, welche die Bourgeoisie in ihren konterrevolutionären Grundinteressen treffen.

In ihrem Sinne auf solche zukünftig unvermeidlich eintretenden "Situationen" hinzuarbeiten, war gerade vorrangiges Ziel der Demagogie und Hetze und der konterrevolutionären "Lehren" der Bourgeoisie - wie auch der KPÖ-Revisionisten - in ihrer schmutzigen Kampagne zum 50.Jahrestag des 12.Februar 1934.

Volksverdummung !

DAS MÄRCHEN VOM "ÜBER DEN KLASSEN STEHENDEN" STAAT UND DER VERANTWORTUNG DER "PRIVATARMEEN"

Ungeachtet aller demagogischen Streitereien und Scheingefechte über "Schuld" und "Unschuld" für die "Tragödie" des 12.Februar 1934 durchzog praktisch alle Facetten dieser demagogischen Kampagne, die aus sämtlichen Sprachrohren der in Österreich herrschenden Ausbeuterordnung betrieben wurde, im Grunde e i n reaktionärer Inhalt:

> Indem man den kapitalistischen Staat als "objektiven",über den Klassen und den Klassenkämpfen stehenden "Ordnungsfaktor" hinstellte, wurden alle Register gezogen, um die werktätigen Massen unseres Landes an diesen reaktionären bürgerlichen Klassenstaat zu binden, ihnen das unbedingte "Bekenntnis" zu diesem reaktionären Ausbeuterstaat aufzuzwingen, ihr Bewußtsein verstärkt mit imperialistischem Militarismus zu verseuchen und jeden Widerstand und Kampf gegen die konterrevolutionäre Diktatur der Bourgeoisie von vornherein für "illegal" und "zwecklos" zu erklären.

Der konterrevolutionäre politische Kern dessen, worum es speziell auch bei der Provokation im Karl-Marx-Hof ging, kam in der bürgerlichen und revisionistischen Propaganda in Bezug auf die Hauptkomponente des bürgerlichen Staatsapparats, die imperialistische Armee, hauptsächlich in zwei sich ergänzenden Schattierungen zum Ausdruck.

Die eine Schattierung verkündete zum Beispiel "Verteidigungs"minister Frischenschlager in seiner "Ansprache" im Karl-Marx-Hof. Er erklärte ganz direkt, daß man gerade der Frage der innenpolitischen Funktion des Bundesheeres nicht ausweichen dürfe. Heute gebe es in Österreich eine wirkliche "Demokratie" und deshalb sei es ganz und gar legitim und notwendig, das Bundesheer nach innen einzusetzen - einer ähnlichen Darstellung bediente sich, wie bereits festgestellt, auch ÖGB-Präsident Benya !

Seinem imperialistischen Klassenauftrag getreu zog Frischenschlager aus dem 12.Februar 1934 "Lehren", die gleichermaßen demagogisch wie konterrevolutionär sind: Das "Unglück" sei 1934 gewesen, daß der Staat sich gegenüber den streitenden Parteien als viel zu schwach erwiesen habe, daß die Parteien über "Privatarmeen" verfügt hätten und der Staat nicht verhindern konnte, daß diese gegeneinander "Bürgerkrieg" führten. Die daraus zu ziehende "Lehre" sei: Eine solche Situation dürfe nicht mehr zugelassen werden, der Staat müsse unbedingt auf seinem "Gewaltmonopol" bestehen, dieses sichern und ausbauen und jeden Widerstand gegen den "demokratischen Rechtsstaat" mit allen Mitteln unterdrücken.

Fortsetzung auf S.15

LENIN ÜBER:



BEWAFFNUNG DES PROLETARIATS ZUM ZWECKE, DIE BOURGEOISIE ZU BESIEGEN, ZU EXPROPRIIEREN UND ZU ENTWAFFNEN !

Aus:

DAS MILITÄRPROGRAMM DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

II

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampfe keine Rettung daraus möglich und denkbar ist. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die *unterdrückende* Klasse *bewaffnet*. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die *heutige* Miliz, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie *gegen* das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während der Streiks in *allen* kapitalistischen Ländern zu erwähnen.

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die „Forderung" der „Entwaffnung" aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren *und zu entwaffnen* – das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die *ganze objektive Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann – aber nicht früher* – tun wird.

Und wenn der heutige Krieg bei reaktionären Sozialpfaffen, bei weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Erschrockenheit, nur Abscheu vor Waffengebrauch, Tod, Blut usw. erzeugt, so sagen wir dagegen: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist *immer ein Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein *Ende mit Schrecken* bereitet wird, so haben wir keinen Grund, zu verzweifeln. Nichts anderes als Ausfluß der Verzweiflung ist objektiv die Predigt, die „Forderung" – besser zu sagen: der Traum – von der „Entwaffnung" in jetziger Zeit, wenn offen, vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer das für eine „graue Theorie", „bloße Theorie" hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche *Tatsachen*: an die Rolle der Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune 1871 und die Dezembertage 1905 in Rußland anderseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „unterstützen" diese Entwicklung nicht, wir „fordern" so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind *progressiv*. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus.

Das gleiche gilt, metatis mutandis, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische – und andere – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine „Theorie", kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und *die* imperialistischen *Kriege* naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung *dieser* Tatsachen führen müssen.

Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation." Die Frauen und die Jugend vom 13. Jahr an kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt, sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus der heutigen „erschrockenen" oder entmutigten Nation – richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung – wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen" des revolutionären Proletariats erstehen.

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt – er *muß* daher zur weitern Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, mit solcher schändlichen Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen' Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten."

Wenn man nicht eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution, von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

Lenin-Werke Bd.23, S.75-78, 1916

Frischenschlager wendet hier den primitiven Trick an, den "Bürgerkrieg" einfach als eine Art von "Privatkrieg" zwischen verschiedenen Gruppen von "Staatsuntertanen" hinzustellen, die das "staatliche Gewaltmonopol" durchbrochen und sich bewaffnet haben. Mit diesem Taschenspielertrick ist gerade die Hauptsache in jedem Bürgerkrieg, der reaktionäre staatliche Gewaltapparat, ausgeklammert und als "unparteiischer" Dritter, der vom "Bürgerkrieg" der "Privatarmeen" sozusagen zum Eingreifen genötigt wurde, hingestellt. Frischenschlager sollte sich diese perfide Verdrehung wirklich patentieren lassen.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Gerade auch der 12.Februar 1934 zeigte doch, daß in der kapitalistischen Klassengesellschaft, deren Bestand durch den bürgerlichen Staat als entscheidendes Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie gegen das Proletariat gesichert wird, der Bürgerkrieg vor allem ein Krieg zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichem Staat ist. Im Februar 1934 führten die konterrevolutionären bürgerlichen Unterdrückungsorgane Heer und Polizei nicht nur in einer Front mit der faschistischen "Heimwehr" Krieg gegen die Arbeiter, sondern diese konterrevolutionären Staatsorgane spielten auch die entscheidende Rolle bei der Niederwerfung des bewaffneten antifaschistischen Kampfes der Arbeiter.

Was die Kirchschlager, Frischenschlager und anderen Befürworter der Niederschlagung der Arbeiterschaft mit ihrer so einstimmigen Verurteilung von "Privatarmeen" in Wirklichkeit verlangen, ist das uneingeschränkte Waffenmonopol der reaktionären Staatsmaschine und der in ihrem Kielwasser segelnden paramilitärischen Formationen der Reaktion. Sie wollen es garnicht mehr so weit kommen lassen, daß die Arbeiter sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzen können ! Was sie de fakto predigen, ist: Man hätte in den Dreißigerjahren früher und energischer das Proletariat entwaffnen müssen, die bürgerliche Staatsmacht noch rascher und mit größerer Wucht zur Niederhaltung des Proletariats einsetzen sollen !



Im November 1983 übten Einheiten des Bundesheeres gemeinsam mit Polizeieinheiten und allen möglichen Hilfsorganisationen der Bourgeoisie den "Krisenfall". Gebäude und Punkte von strategischer Bedeutung wurden unter "Objektschutz" gestellt und von der ganzen Anlage her war ganz klar, daß hier die Aufstandsbekämpfung gegen den "inneren Feind" geprobt wurde.

DAS MÄRCHEN VOM "MISSBRAUCH" DES BUNDESHEERES, DER HEUTE "UNDENKBAR" SEI ODER ZUMINDEST DURCH EIN PAAR NEUE PARAGRAPHEN UNMÖGLICH GEMACHT WERDEN KÖNNTE

Während Frischenschlager und andere die Aufgabe übernahmen, schon jetzt den künftigen Einsatz des Bundesheeres gegen die Arbeiterklasse als rechtens und unbedingt notwendig zu propagieren, die Bevölkerung darauf "vorzubereiten", daß Armee und Polizei im Bedarfsfall wieder auf streikende und demonstrierende Arbeiter schießt, übernahmen andere Interessenvertreter der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs die Aufgabe, mit der zweiten Schattierung reaktionärer Propaganda zu "beruhigen", daß eine solche Situation ja sowieso nie mehr eintreten werde. So heuchelten die "Salzburger Nachrichten" am Tag nach der "Angelobung" im Karl-Marx-Hof: "Unvorstellbar: die jungen Soldaten oder die anwesenden Polizisten könnten auf österreichische Arbeiter schießen."

Nur eine etwas "linkere" Variante derselben Schattierung konterrevolutionärer Ideologie präsentiert die revisionistische "KPÖ", welche die reaktionäre Illusion verbreitet, als ob jemals unter der Diktatur der Bourgeoisie irgendwelche "Garantien" geschaffen werden könnten, daß dies auch wirklich nie mehr der Fall sein würde. So erklärte der Oberrevisionist Muhri am Vorabend des 12.Februar 1984 in der Kurhalle Oberlaa: "Wir fordern wirksame Maßnahmen, damit das österreichische Bundesheer nie mehr als Machtinstrument gegen die österreichische Arbeiterklasse m i ß b r a u c h t werden kann" ("Volksstimme", 12.2.1984). Man könnte über soviel kindliche Naivität und heilige Einfalt gerührt sein, wenn sie nicht so durch und durch verlogen wäre.

Die KPÖ-Revisionisten versuchen den arbeitenden Massen weiszumachen, daß es im Grunde nur einer Verfassungsreform bedürfe und alles wäre in bester Ordnung. Um diesen Gipfel revisionistischen Blödsinns plausibel zu machen, führen sie als Beispiel und Vorbild Schweden an. Dort sei der Einsatz der Armee im Innern angeblich "völlig tabu. Dort wäre - wie auch in einer BH-internen Studie zugegeben wird - ein Militäreinsatz nur nach einer komplizierten Verfassungsänderung möglich" ("VS", 19.2.84). Das heißt wahrhaftig, den parlamentarischen Kretinismus zum Quadrat zu erheben ! Arbeiter seid unbesorgt: Auf euch wird schon nicht geschossen werden, denn dazu bedürfte es einer "komplizierten Verfassungsänderung" ! Und das wird just zum Jahrestag von Ereignissen verkündet, an deren Vorabend nicht nur der Bruch irgend eines Verfassungsparagraphen, sondern die mit ein paar Federstrichen erfolgte Verwandlung der ganzen Verfassung in einen wertlosen Fetzen Papier stand !

Bürgerliche Demagogie in Schlagzeilen

Die Mahnung des 12. Februar 1934:

Nie wieder Bürgerkrieg!

Besinnung auf die „Katastrophe 1934“
Politiker betonen die Gemeinsamkeit

Nie wieder dürfen Gräben aufbrechen!
Von Weihbischof Helmut Krätzl

Wien im Zeichen der Februar-Gedenkfeiern: Störaktionen im Karl-Marx-Hof – Sinowatz

„Demokratie darf nie mehr in Frage gestellt werden“

ING. ERNST NEDWED, ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT (SPÖ):
Nie wieder Bürgerkrieg in Österreich!

Trotz Störaktion war Angelobung im Karl-Marx-Hof ein Volksfest
Heer heute ist nicht das von 1934

Gottesdienst im Gedenken an 1934
Der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König: Nie wieder Bruder gegen Bruder.

Die Tragödie des Februar 1934
Als Österreicher aufeinander schossen

„Werden uns die Demokratie nie mehr entwinden lassen“

Beweis der Toleranz bei Angelobung im Karl-Marx-Hof

Ein klares Bekenntnis des „Nie wieder!“

DAS MÄRCHEN VON DER MAUSERUNG DES BUNDESHEERES IN EINE "VOLKSARMEE"

Doch ob sich die Feinde des Proletariats nun offen zur "Rechtmäßigkeit" des Einsatzes des Bundesheeres gegen die werktätigen Massen bekennen oder ob sie der herrschenden Klasse ihren Dienst erweisen, indem sie so tun, als ob dieser Einsatz heute "unvorstellbar" oder durch ein paar Verfassungsreformen unmöglich zu machen sei - allesamt bedienen sie sich eines reaktionären Tricks, der unterstreicht, daß sie klassenmäßig ein gemeinsames konterrevolutionäres Ziel verfolgen: sie berufen sich auf angebliche "Änderungen" im Verhältnis zwischen Armee und Arbeiterklasse. So heißt es in dem vom ÖGB gestalteten "Spind":

"Die Verhältnisse haben sich erfreulicherweise gewandelt, auch die zwischen Gewerkschaften und Bundesheer. Heute ist das Bundesheer, nicht wie in der Ersten Republik, ein Berufsheer, sondern ein Heer des Volkes, dessen oberster Befehlshaber ein von allen Bürgern frei gewählter Bundespräsident ist.
Keine Armee für den Bürgerkrieg, sondern Verteidiger von Freiheit und Demokratie." ("Spind" 1/84, S.9)



Die "Partnerschaft zwischen der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und der 1.Panzergrenadierdivision in Wr.Neustädt" dokumentiere angeblich "das neue Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bundesheer", dokumentiert tatsächlich jedoch die Militarisierung in Österreich.

KARL LIEBKNECHT ÜBER DIE KONTERREVOLUTIONÄRE FUNKTION DER BÜRGERLICHEN ARMEE:

"Kirche und Schule, Wissenschaft und Kunst werden von den herrschenden Klassen in den Dienst gestellt, um im Proletariat nach Kräften denjenigen Geist, diejenige Gesinnung zu sichern und zu erzeugen, die ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wünschenswert erscheinen. Die Klassenjustiz dient als Gewaltmittel zum gleichen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Polizei und Gendarmerie sind Spezialtruppen mit derselben Aufgabe. Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie auch in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despotien."

(Aus den "Thesen" von Karl Liebknecht auf der Zweiten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Jugendorganisationen in Kopenhagen, 1910, zitiert nach: Lenin/Liebknecht - Militarismus - Antimilitarismus, S.152)

Wie kaum anders zu erwarten, betreiben auch die Muhri-Revisionisten die selbe Demagogie:

"Das heutige Bundesheer ist nicht das selbe wie das in den Februarkämpfen gegen die Arbeiterbewegung eingesetzte Heer der Ersten Republik. Eine allgemeine Wehrpflicht und der offiziell verkündete Milizcharakter haben das Berufsheer abgelöst." (KPÖ-Flugblatt zum 12.2.1984).

Der Trick besteht darin, daß diese Arbeiterverräter den Formunterschied zwischen dem Berufsheer der 1.Republik und dem Heer mit allgemeiner "Wehrpflicht" zu einem Wesensunterschied aufbauschen, der angeblich aus der imperialistischen Armee eine "Volksarmee" mache oder wenigstens einen wesentlichen Schritt dahin bedeute.

Diesen reaktionären Schwindel, welchen die verräterische Sozialdemokratie schon lange betreibt und den die modernen Revisionisten übernommen haben, wurde bereits von der Kommunistischen Internationale prinzipiell entlarvt. Von

unverminderter Bedeutung ist, was der VI.Weltkongreß der Komintern 1928 über die Stellung des Proletariats zur Armee in den imperialistischen Ländern feststellte:

"Die Armee - ganz gleich welcher Organisationsform - ist ein Teil des bürgerlichen Staatsapparates, den das Proletariat in seiner Revolution nicht zu demokratisieren (...), sondern zu zerbrechen hat. Dieser Aufgabe gegenüber verschwinden die organisatorischen Unterschiede zwischen stehendem Heer und Miliz, Heer mit allgemeiner Wehrpflicht und Söldnerarmee. 'Keinen Mann und keinen Groschen' für die Armee, d.h. rücksichtslosen Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen alle seine Heeresreformen, Ablehnung aller Militärbudgets usw. - dieser Satz gilt für stehende Heere wie für demokratische Milizen, beide sind Formen der Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat."
("Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten", Resolution des VI.Weltkongresses der KI, 1928, in: Protokoll des VI.Weltkongresses der KI, Bd.II, Erlangen 1972, S.133/134)

Das folgende Flugblatt verteilte die MLPÖ am 12.Februar 1984 im Karl-Marx-Hof

Fünfzig Jahre 12.Februar 1934

ZUR ABWECHSLUNG:

"FRIEDLICHE BESETZUNG DES KARL-MARX-HOFES DURCH DAS BUNDESHEER"

Als "friedliche Besetzung durch das Bundesheer" bezeichnete das österreichische Fernsehen (FS 2, 5.Februar 1984, 18 Uhr 50) die Bundesheer-Angelobung ausgerechnet am 12.Februar 1984 und ausgerechnet im Karl-Marx-Hof in Wien. Die Medien feiern solcherart den Unterschied von 1934 und 1984: damals konnte das Bundesheer diesen traditionsreichen Arbeiterwohnkomplex erst besetzen, nachdem seine Kanonen, Panzer und Maschinengewehre ihre blutige Wirkung getan hatten - heute dagegen geht das ganz friedlich, ohne einen einzigen Schuß, ohne Widerstand vor sich.

T a t s ä c h l i c h, das ist ein U n t e r s c h i e d, sogar ein wichtiger Unterschied. Indem sie ihn so herausstellen, zeigen die Macher des einflußreichsten österreichischen Mediums, daß sie ihn als den herausragenden, wesentlichen und entscheidenden betrachten.

U n d h i e r i n h a b e n s i e s o g a r r e c h t ! Alle anderen Unterschiede treten diesem gegenüber in den Hintergrund oder existieren überhaupt nicht.

Denn: Hat etwa das österreichische Bundesheer von 1984 einen grundsätzlich anderen, prinzipiell verschiedenen Charakter von jenem des Jahres 1934 ?

NEIN, ABSOLUT NEIN ! Genau wie damals ist das Bundesheer auch heute der wichtigste Teil des Machtapparates eines k a p i t a l i s t i s c h e n Staates, der auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht und sich zur Aufrechterhaltung und Sicherung dieser Ausbeutungsverhältnisse auf Heer, Polizei, Gendarmerie, Justiz, d.h. auf Kanonen, Panzer und Maschinengewehre, auf Gerichte und Gefängnisse stützt.

Hat etwa das österreichische Bundesheer heute grundsätzlich andere Aufgaben als vor 50 Jahren ?

NEIN, ABSOLUT NEIN ! Genau wie 1934 sind die von höchster Stelle ganz offiziell erklärten Aufgaben des Bundesheeres durchaus nicht einfach "Landesverteidigung gegen den äußeren Feind", Verteidigung des kapitalistischen "Vaterlandes", sondern haben die Kanonen und MGs des Bundesheeres zugegebenermaßen auch den "inneren Feind" im Fadenkreuz: Im Wehrgesetz, das gegenwärtig die gesetzliche Grundlage des österreichischen Bundesheeres bildet, wird ausdrücklich die "A u f r e c h t e r h a l t u n g d e r R u h e u n d O r d n u n g i m I n n e r e n" (§2) zu einer der zentralen Aufgaben des Bundesheeres erklärt ! Und was unter einer solchen "Aufrechterhaltung" zu verstehen ist, welche Maßnahmen sie erfordert, w a n n und durch w e n die innere "Ruhe und Ordnung" bedroht ist, das haben immer noch, 1934 wie heute, die Herrschenden selbst bestimmt !

In den Materialien, welche das Bundesministerium für Landesverteidigung zur Instruktion der Offiziere und Unteroffiziere sowie zur Schulung der Mannschaften herausgibt, wird das noch deutlicher gesagt: In dem Schulungsheft für die "staatsbürgerliche Erziehung" der Soldaten, das in den Kasernen verwendet wird, werden viererlei Beispiele von "Möglichkeiten der Bedrohung" Österreichs, bei denen das Bundesheer eingesetzt werden müßte, genannt. Einer dieser Einzelfälle lautet wortwörtlich: "ANGRIFF AUF DIE STAATSFÜHRUNG DURCH A U F S T A N D" ! ("Unser Staat im Scheinwerfer, Behelf für die staatsbürgerliche Erziehung im österreichischen Bundesheer", hrgg. vom BM für Landesverteidigung, S.29)

Das sind fast haargenau dieselben Worte, mit denen der Einsatz des Bundesheeres gegen die Arbeiter im Februar 1934 begründet wurde ! Mit anderen Worten: würde heutzutage eine ähnliche Situation wie im Februar 1934 entstehen, nämlich daß die Arbeiter gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates bewaffneten Widerstand leisten, so würden gemäß dem erklärten Willen und den direkten Weisungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung selbstverständlich wieder die Panzer und Kanonen des Bundesheeres gegen die sich erhebenden Arbeiter eingesetzt werden !

Kann man sich damit beruhigen lassen, daß Leute wie Kirchschläger, Sinowatz, Blecha usw. doch unter keinen Umständen auf Arbeiter schießen lassen würden ?

WIEDER NEIN ! Denn ganz abgesehen davon, daß ein höchst "demokratischer" SP-Innenminister wie Eldersch und ein SP-Heeresminister wie Julius Deutsch im Jahre 1919 mehrmals in Arbeiterdemonstrationen schießen haben lassen und damit ihren deutschen Parteifreunden Noske und Scheidemann durchaus ebenbürtig waren, wird es wahrscheinlich garnicht nötig sein, daß diese Personen solche Befehle geben, denn in Maß der Zuspitzung der innenpolitischen Situation werden sie Zug um Zug durch andere Politiker ersetzt, zu deren Tradition und Arbeitsstil der Schießbefehl besser paßt. Wer hätte sich vor nur zwei Jahren vorstellen können, daß 1984 ein Frischenschlager Heeresminister, ein Ofner Justizminister, ein Steger Vizekanzler sein wird ?

Bleibt noch die Illusion, die Soldaten des heutigen Bundesheeres würden einen Schießbefehl gegen die Arbeiter nicht befolgen. Doch wer so grenzenlos lächerliche Vorstellungen teilt und nährt, hat von der Situation in einem modernen Heer entweder nicht die blasseste Ahnung oder er ist ein b e w u ß t e r L ü g n e r u n d B e t r ü g e r !

Worauf werden denn die Jungmänner eben am 12.Februar an einem der blutigsten Schauplätze der Verbrechen des Bundesheeres gegen das arbeitende Volk a n g e l o b t ? HÖRT DOCH ZU, W E L C H E N EID SIE ZU LEISTEN HABEN, W O F Ü R SIE FEIERLICH VERPFLICHTET WERDEN !

N i c h t etwa darauf, niemals mehr auf Arbeiter und Arbeiterhäuser zu schießen, auch wenn es befohlen werden sollte, sondern auf absoluten Gehorsam, auf unbedingte und widerspruchslose Ausführung A L L E R Befehle ihrer Vorgesetzten, die diese Befehle, auch wenn sie noch so reaktionär und grausam sind, s t e t s mit Notwendigkeiten der "Aufrechterhaltung" oder "Wiederherstellung" von "R u h e u n d O r d n u n g" begründen.

Und wie stets und überall wird die Armeeführung, werden die Offiziere mit jenen Soldaten, die ihren Befehlen nicht gehorchen, kurzen Prozeß machen, werden mit ihnen nicht gemütlich diskutieren, sondern sie vor Kriegsgerichte schleppen und im Fall von Krieg oder Bürgerkrieg einfach an die Wand stellen !

Man mag es nun wahrhaben wollen oder nicht - S O S I N D D I E T A T S A C H E N ! Wer behauptet, in allen diesen Hinsichten habe sich gegenüber den Verhältnissen im Feber 1934 etwas G r u n d s ä t z l i c h e s geändert, lügt sich selbst in den Sack, b e t r ü g t w i s s e n t l i c h o d e r u n w i s s e n t l i c h s i c h u n d a n d e r e !

Deswegen aber ist die große Propaganda-Show des Bundesheeres zum 50.Jahrestag der Februarkämpfe von 1934 im Karl-Marx-Hof

eine ungeheuerliche reaktionäre P R O V O K A T I O N,

eine beispiellose H E R A U S F O R D E R U N G D E R A R B E I T E R - K L A S S E,

eine infame V E R H Ö H N U N G und B E L E I D I G U N G aller proletarischen Helden des Feber 1934, ihrer Angehörigen, Freunde und revolutionären Nachfolger in Gegenwart und Zukunft !

E s w u n d e r t u n s n i c h t, daß die derzeitige österreichische Regierung - die Koalition der Nachfahren jener, welche im Feber 1934 die kämpfenden Arbeiter schmählich im Stich gelassen und verraten haben, mit der Schandpartei eines SS-Peter - eine so niederträchtige Provokation inszeniert.

E s w u n d e r t u n s a u c h n i c h t, daß die diversen Folgeorganisationen der "Christlich-Sozialen" von 1934, die Nachfolger und Gesinnungsbrüder der Arbeitermörder von damals, bei einer solchen Provokation begeistert mitmachen.

D i e s e Kräfte tun damit nichts anderes, als ihre Politik der Jahre 1918 bis 1934 unter den Bedingungen der Gegenwart f o r t z u s e t z e n.

Voll Abscheu, Empörung und Zorn aber muß man sich gegen alle jene Organisationen und Gruppen wenden, die der Worte nicht genug finden können, um sich als besonders "demokratisch" und "fortschrittlich", als mit der Arbeiterklasse verbunden, als "links" und sogar auch als "revolutionär" anpreisen, zugleich aber keine Hemmungen haben, jenen die Mauer zu machen, die den 50.Jahrestag der Februar-Ereignisse von 1934 zur größten arbeiterfeindlichen Provokation der Geschichte der 2.Republik benützen, und die glauben machen wollen, durch Anbiederung an die Provokateure, durch Gewährenlassen und Zustimmerei ihnen gegenüber ließen sich vielleicht ein paar kleine Zugeständnisse und Reförmchen erhaschen !

Für alle Zeiten haben sie sich damit selbst an den Schandpfahl der Geschichte genagelt, die

- Kommunistische Jugend Österreichs
- Österreichische Gewerkschaftsjugend
- Junge Generation in der SPÖ Wien
- Sozialistische Jugend Österreichs
- Naturfreundejugend Österreichs
- Vereinigung Demokratischer Soldaten Österreichs
- und alle anderen ihresgleichen.

All ihr Geschrei und Gejammer, all ihre Gelöbnisse und Beschwörungen mit dem ständig wiederkehrenden Text "Nie wieder Februar 1934" sind ebenso verlogen wie konterrevolutionär. Was sie meinen und wollen, ist nichts anderes, als daß sich die Arbeiter nie wieder gegen die Macht ihrer Ausbeuter, nie wieder gegen den kapitalistischen Staat erheben sollen, daß sie sich für ewig mit der Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung a b f i n d e n sollen, daß alle Aktionen der Herrschenden, einschließlich der Aktionen ihres Heeres, ihrer Polizei, ihrer Gerichte usw. nur noch widerstandslos geduldet, wohlwollend begafft, womöglich sogar unterwürfig bedankt und beklatscht werden sollen.

D o c h i h r e H o f f n u n g e n u n d W ü n s c h e w e r d e n s i c h n i c h t e r f ü l l e n ! Ungeachtet aller zeitweiligen Niederlagen und Rückschläge der revolutionären Arbeiterbewegung ist sie u n a u s r o t t b a r u n d u n s t e r b l i c h, ist der schließliche Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der revolutionäre Sturz ihrer auch noch so hochgezüchteten und hochgerüsteten Machtorgane nicht aufzuhalten.

D e r r e v o l u t i o n ä r e G e i s t, der die unter widrigsten Verhältnissen, aber umso heldenhafter kämpfenden Arbeiter vom Februar 1934 beseelt hat, l e b t u n d w i r d f ü r a l l e z e i t w e i t e r l e b e n. Die große Sache, für die sie vor nunmehr 50 Jahren ihr Blut vergossen haben, wird schließlich s i e g e n !

WIR, die österreichischen Marxisten-Leninisten, die sich in der MLPÖ organisiert haben und sich um die MLPÖ zusammenschließen, mögen zwar heute wie Rufer in einer Wüste sein, doch das bringt uns nicht im geringsten davon ab, immer wieder und erst recht am 50.Jahrestag der Februarkämpfe von 1934, zu erklären:

Die Parole "Nie wieder 12.Februar 1934" ist konterrevolutionär und muß deshalb mit aller Entschiedenheit v e r w o r f e n werden. Mögen die Herren und Damen in den Parteivorständen von SPÖ, ÖVP und FPÖ, aber auch der KPÖ, mögen die Benyas und Konsorten im ÖGB die Arbeiter auch beschwören, nie wieder die Waffen zu erheben - w i r b e k e n n e n u n s z u m g e g e n t e i l i g e n S t a n d p u n k t !

Unsere gesamte Arbeit und unser ganzer Kampf hat den Sinn, dazu beizutragen, daß die österreichischen Arbeiter die Waffen zu einem unweigerlich kommenden Zeitpunkt b e s s e r v o r b e r e i t e t, k o n s e q u e n t e r u n d z i e l k l a r e r, unter einer w i r k l i c h r e v o l u t i o n ä r e n F ü h r u n g, das heißt e r f o l g r e i c h e r h e b e n !

Das historische Unglück des Februar 1934 war eben nicht, daß die Arbeiter die Waffen erhoben haben, sondern daß sie es unter Bedingungen zu tun gezwungen waren, unter denen die Niederlage praktisch unvermeidlich war. D a r a u s zu lernen, ist das große und unvergängliche Vermächtnis der Februar-Kämpfer, jener, die im Kampfe fielen und jener, die man nach dem Sieg des Bundesheeres und der Polizei, der Kräfte der "Ruhe und Ordnung", zum Galgen schleifte.

Der Karl-Marx-Hof trägt seinen Namen nach dem größten Genius der Menschheitsgeschichte, dem geistigen Schöpfer der revolutionären Arbeiterbewegung, der als eine seiner fundamentalen Erkenntnisse die Tatsache bezeichnete, daß die Arbeiterklasse die bestehende Staatsmaschine nicht für ihre eigenen Zwecke übernehmen und allmählich "umfunktionieren" kann, sondern sie mittels bewaffneter Erhebung im Zuge der proletarischen Revolution z e r s c h l a g e n, "z e r b r e c h e n" und durch eine qualitativ gänzlich neue Staatsmaschine, jene der Diktatur des Proletariats, ersetzen muß.

Anders gesagt, heißt das, daß es keinen "friedlichen Weg zum Sozialismus", keinen Weg der friedlichen und freundlichen Umgestaltungen und Reformen bis zu diesem Ziel hin gibt, sondern nur den Weg der p r o l e t a r i s c h e n R e v o l u t i o n.

Zu keiner Zeit und in keinem Land haben sich die herrschenden Klassen ihr Ausbeuterparadies widerstandslos nehmen lassen, haben sie friedlich zugesehen, wie sie entmachtet werden, sondern immer und überall haben sie zur Erhaltung und Sicherung ihrer Herrschaft rücksichtslos das eingesetzt, was sie genau zu diesem Zweck über alle Jahre hinweg sorgsam züchten, pflegen und ausbauen: H e e r, P o l i z e i, J u s t i z usw.

Daran hat sich in den vergangenen 50 Jahren nichts geändert und wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Da das aber so ist und weil sich die Arbeiterklasse ihre Ausbeutung und Unterdrückung schon deshalb nicht auf die Dauer gefallen lassen kann, weil diese umso unerträglicher wird, je weniger Widerstand es dagegen gibt, deshalb

- wird es früher oder später in Österreich unweigerlich wieder bewaffnete Kämpfe ähnlich
- denen vom Februar 1934 geben !

Offen ist lediglich die Frage, wie sie ausgehen werden: wieder mit einer blutigen Niederlage der Arbeiterklasse oder als erfolgreicher Akt im Prozeß der siegreichen proletarischen Revolution.

Feiern wir den 50.Jahrestag des 12.Februar 1934, dieser tapferen bewaffneten Erhebung der österreichischen Arbeiterklasse, ehren wir das Andenken der Februarkämpfer, lernen wir aus ihrem Kampf, indem wir unser Äußerstes tun, um zur Verwirklichung der anderen Möglichkeit, des siegreichen Verlaufs der kommenden revolutionären Erhebungen beizutragen.

Unter den heutigen Bedingungen aber heißt das vor allem, mit aller Entschiedenheit und Einsatzbereitschaft

* für den Aufbau und die Stärkung der Marxistisch-Leninistischen Partei
* Österreichs zu kämpfen und zu arbeiten,

um jene konsequent revolutionäre Vorhutspartei des österreichischen Proletariats zu schaffen, die nicht nur einen zukünftigen roten Februar zum Erfolg bringen, sondern ihn auch auf dem von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN gewiesenen Weg zu einem siegreichen roten Oktober weiterführen kann.

12.Februar 1984

Zentralkomitee der
Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs
(MLPÖ)

STUDIERT:





POLIZEI-AMTSHANDLUNG GEGEN EINEN UNSTERBLICHEN
GANZ IM GEISTE HITLERS UND GÖRINGS, ALS OB NICHTS GESCHEHEN WÄRE:

GENOSSE GEORGI DIMITROFF VON DER WESTDEUTSCHEN POLIZEI WEGEN "VERUNGLIMPFUNG DES DEUTSCHEN STAATES UND SEINER SYMBOLE" UNTER ANKLAGE GESTELLT !



Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist keine böswillige Satire von "ultralinken Extremisten", sondern nackte Wahrheit: Genosse Dimitroff, der unsterbliche Revolutionär, der 1933 auf dem berüchtigten Reichstagsbrandprozeß in Leipzig den Hitler, Göring und Goebbels als Angeklagter eine vernichtende Niederlage beibrachte und die ganze Scheußlichkeit des hitlerfaschistischen Regimes vor aller Welt bloßstellte - eben dieser Genosse Dimitroff wird h e u t e , mehr als ein halbes Jahrhundert später, von der westdeutschen Polizei neuerlich als "Staatsfeind" v e r f o l g t bzw. - wie das traditionelle Amtsdeutsch es ausdrückt "nach § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole)" zum Objekt einer hochnotpeinlichen Polizeiamtshandlung gemacht! Wohl ist die Strafandrohung vorläufig nicht so mörderisch wie unter Hitler und Göring, auch sitzt die Repressivgewalt nicht am "Adolf-Hitler-Platz", sondern in der "Friedrich-Ebert-Anlage" in Frankfurt, aber im übrigen: welch entsetzliche Parallelen!

Das Polizeipräsidium Frankfurt/Main fordert Genossen Dimitroff unter Aktenzahl 150 684/83 auf, am 4. Jänner 1984 als "Beschuldigter" im Zimmer 208 A, II.



Stock, des hochlöblichen Amtes "unter Vorzeigen dieser Vorladung" zur "Anhörung" zu erscheinen. Sollte Genosse Dimitroff trotz der "Vorladung" nicht erscheinen, so müßte daraus gefolgert werden, daß er "bei der Polizei keine Angaben machen wolle", was ihn offenbar endgültig zum Staatsfeind stempelt, worauf "der Vorgang dann an die zuständige V e r f o l g u n g s b e h ö r d e abgegeben" wird, "die das Erforderliche veranlassen wird".

> "Ich habe, falls es Ihnen nicht bekannt sein sollte, eine Polizei und, falls es Ihnen nicht bekannt sein sollte, untersucht die Polizei alle Schwerverbrecher... Das ist doch eine ganz klare Angelegenheit... Ich habe meine Kriminalpolizei dazu da, damit sie alle diese Dinge bis in die letzten Kleinigkeiten untersucht... Die Kriminalpolizei hat von vornherein Anweisung, gesetzlich festgelegt, daß sie bei einem Verbrechen als Kriminalpolizei ihre Untersuchungen in jede Richtung vortreibt, gleichgültig, wohin sie führen, wo Spuren sichtbar werden... Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der längst an den Galgen gehört." (Hermann Göring zu Dimitroff vor dem Leipziger Reichsgericht 1933)

Das Polizeipräsidium Frankfurt 1983 (nicht das Leipziger Reichsgericht 1933) fordert Genossen Dimitroff auf, zur Vernehmung seinen Reisepaß mitzubringen. Ob man den Helden von Leipzig und späteren Ministerpräsidenten Bulgariens nach gebührender Einkerkerung als "lästigen Ausländer" abschubieren will? Womöglich in ein faschistisches Bulgarien?

Die Beschuldigung der "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" mag für einen naiven Zeitgenossen vielleicht nicht sehr arg klingen, doch das ist im heutigen Westdeutschland alles andere als eine Art von Ehrenbeleidigungs-Bagatelle! Nehmen wir ein größeres westdeutsches Lexikon zur Hand, so werden wir dort zum Stichwort der politischen "Verunglimpfung" folgende Präzisierung finden:

> "Staatsgefährdung der BRD, die öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen erfolgt... strafbar nach § 90a StGB mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren, war die Staatsgefährdung beabsichtigt, mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren..." (Das moderne Lexikon, Bertelsmann, Bd.19, Seiten 305/306)

Selbst wenn Genossen Dimitroff die "Verunglimpfung" des deutschen Staates und seiner Symbole nachweislich unbeabsichtigt sozusagen passiert wäre, hätte ihn das heutige BRD-Regime für 3 Jahre ins Zuchthaus schicken können, da man den Reden und Schriften des Genossen Dimitroff jedoch kaum eine klare "Absicht" absprechen kann, drohten ihm f ü n f J a h r e Z u c h t h a u s !

Man mag es bedauern oder nicht: wir werden niemals erfahren, wie der neuerliche Prozeß gegen Genossen Dimitroff ausgehen wird, wie lange man ihn in der heutigen "Bundesrepublik" einsperren will, ob und wohin man ihn nach Abbüßung der Haftstrafe abschubieren will, etc. einfach weil der langjährige Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Führer der KP Bulgariens und spätere Bulgarische Ministerpräsident am 2. Juli 1949 im 67. Lebensjahre gestorben ist.

Und weil die neuerliche Polizei-Amtshandlung gegen Genossen Dimitroff schon in ihrer Anfangsphase an ihrer eigenen abgrundtiefen Stupidität zu ersticken verurteilt ist, wird man auch nie erfahren, welche Rede, welcher Artikel aus der Feder Dimitroffs

Fortsetzung auf S.26

Schanddokument !

Polizeipräsidium Frankfurt/M (Polizeidienststelle)

Ffm., 22.12.83 (Ort und Datum)

Az 150 684/83

0611 (Vorwahl) 755 4382 (Anschluß)

Herrn/~~Frau~~/~~Fräulein~~
Georgi DIMITROFF
Koblenzer Str. 4
6 Frankfurt/Main

Betr.: **Vorladung**

Sehr geehrte(r) H. Dimitroff!

In einer hier vorliegenden Strafsache/~~Ordnungswidrigkeitensache~~ wegen Verd. d. Vergehens nach § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates u. seiner Symbole) bitte ich Sie – ~~erneut~~ –,

sich am Dienstag dem 3.1.84

in der Zeit zwischen 11[00] Uhr und ____ Uhr,

im Verhinderungsfall am ____ dem ____

in der Zeit zwischen ____ und ____ Uhr

bei Kriminalpolizei Frankfurt/M, 6 Ffm., Friedrich-Ebert-Anlage 7-11

auf Zimmer 208 A Stockwerk II

unter Vorzeigen dieser Vorladung zu Ihrer Vernehmung / Anhörung als Beschuldigter / Betroffener / Zeuge einzufinden.

Ich bitte ferner mitzubringen:

- [x] Bundespersonalausweis oder Reisepaß
- [ ] Führerschein
- [ ] Fahrzeug-/Anhängerschein
- [ ]
- [ ]

Falls Ihrem Erscheinen Hinderungsgründe entgegenstehen, bitte ich um rechtzeitige – ggf. telefonische – Mitteilung. Sollten Sie Ihren Aufenthalt in der Zwischenzeit in eine andere Gemeinde verlegen, wird um Rücksendung der Vorladung und Angabe des neuen Aufenthaltsortes gebeten.

Sofern Sie zu Ihrer Vernehmung/Anhörung nicht erscheinen oder nicht rechtzeitig Hinderungsgründe benennen, die Ihrem Erscheinen entgegenstehen, wird davon ausgegangen, daß Sie bei der Polizei keine Angaben machen wollen. Der Vorgang wird dann an die zuständige Verfolgungsbehörde abgegeben, die das Erforderliche veranlassen wird.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

(Unger) [illegible]

3.304
LBSt. 9 79

bzw. welches Zitat daraus von den heutigen Machthabern Westdeutschlands als "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" klassifiziert und unter Strafsanktion gestellt ist. Dies nicht erfahren zu können, tut uns wirklich leid, denn jenes Symbol des "deutschen Staates", das Genosse Dimitroff mit aller Entschiedenheit "verunglimpft" hat, war doch das Hakenkreuz!

Apropos "Verunglimpfung", was soviel wie "Verächtlichmachung" bedeutet. Nichts und niemand könnte einen Staat und seine Einrichtungen wie Justiz, Polizei usw. wirkungsvoller und überzeugender nicht einfach "verächtlich machen", sondern als verächtlich, verachtenswert enthüllen und erweisen, als das dem Polizeipräsidium Frankfurt als wichtiger Bestandteil eben dieses Staates gelungen ist!

Wir kennen aus der österreichischen Geschichte zahllose Beispiele, die zeigen, daß die Kreaturen und Büttel des reaktionären Staates, seine Polizisten, Bürokraten, Richter usw. nicht nur zu beliebigen Akten der Niedertracht und Bösartigkeit fähig sind, sondern diese Eigenschaft sehr oft auch mit grenzenlosem Ignorantentum und himmelschreiender Trottelhaftigkeit verbinden. Wie man sieht, ist das keineswegs eine österreichische Spezialität. ●



P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 206 — 6. Ausgabe 1982 — S 20,-

Zu seinem 100.Geburtstag:

Georgi Dimitroff

Unbeugsamer bolschewistischer Kämpfer gegen Opportunismus und Revisionismus

Am 18.Juni 1982 jährte sich zum 100.Male der Geburtstag Georgi Dimitroffs, jenes hervorragenden Kommunisten, der aufgrund seines unerschrockenen Auftretens vor dem hitlerfaschistischen Klassengericht in der ganzen Welt als der "Held von Leipzig" bekannt geworden ist. Dimitroff sagte am Anfang seiner Schlußrede im Reichstagsbrandprozeß am 16.Dezember 1933:

"Ich gebe zu, meine Sprache ist scharf und hart. Mein Kampf und mein Leben waren auch immer scharf und hart. Diese Sprache ist aber eine offene und aufrichtige Sprache. Ich pflege die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Ich bin kein Rechtsanwalt, der hier seinen Mandanten pflichtgemäß verteidigt.
Ich verteidige meine eigene

Aus dem Inhalt

15 Von der Revolutionären 1.Mai-Veranstaltung 1982 in Wien
17 Rede des Genossen Franz Strobl, Sekretär des ZK der MLPÖ, auf der Revolutionären 1.Mai-Veranstaltung 1982 in Wien
24 Zur "Friedensdemonstration" am 15.Mai 1982 in Wien
27 Polen und das österreichische Finanzkapital
35 Der Falklandkrieg und das Elend mit der PdA Albaniens
41 Flugblatt des "Westberliner Kommunist" beschlagnahmt !
45 Prozeß gegen Walter Hofmann wegen "böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland" in einem Flugblatt von "Gegen die Strömung"
51 ANHANG: Aufruf zum 1.Mai 1982

Erklärung über den Abbruch der Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B)

Nach gründlicher Debatte haben die Organisationen MLPÖ, GDS und WBK die Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B) abgebrochen.

Die Ursachen hierfür liegen nicht nur in den immer offener zutagegetretenen revisionistischen Methoden der hemmungslosen Verleumdung und Provokation, des Bruchs fast jedes Versprechens. Die Ursache liegt vielmehr vor allem in der grundlegend revisionistischen Linie der TKP/ML(B) in so zentralen Fragen wie:

★ den Prinzipien des proletarischen Internationalismus,

★ den prinzipiellen Fragen der Revolution und der Haltung zu den Prinzipien überhaupt,

★ den Prinzipien des Aufbaus der marxistisch-leninistischen Partei.

Nachgewiesen haben wir den Verrat an diesen Prinzipien des Marxismus-Leninismus vor allem in vier grundlegenden Schriften in der Reihe "Internationale Informationen", und zwar in "Der Opportunismus der TKP/ML(B)", Teil I - IV.

Für den Abbruch ist letztlich auch ausschlaggebend die Haltung, die die TKP/ML(B) zu Kritik und Selbstkritik an den Tag gelegt hat. Diese Haltung ist dadurch gekennzeichnet, mit einer ganzen Palette revisionistischer Methoden unsere Kritiken zu "beantworten", d.h. unsere Kritiken jahrelang nicht zu beachten, die Antwort zu verzögern, leere Versprechungen abzugeben, vom wesentlichen Inhalt der Kritiken auf Kleinkram abzulenken, unsere Kritiken zu verfälschen usw. Diese Haltung machte es unmöglich, die Fehler, die falsche Linie zu korrigieren. Das Gegenteil war der Fall: Seit der 2.Parteikonferenz, auf der zum ersten mal die ganze Tiefe der Differenzen und Widersprüche, die ganze Tragweite der revisionistischen Positionen im Ansatz sichtbar wurde, hat die TKP/ML(B) ihre Fehler, ihren Revisionismus ausgebaut, vertieft und verfeinert.

Zusammengenommen führen die oben von uns knapp skizzierten Gesichtspunkte, nämlich

- das Beharren auf den falschen Positionen, auf der falschen Linie trotz jahrelanger solidarischer Kritik, die Vertuschung der Fehler statt ihrer selbstkritischen, offenen und ehrlichen Korrektur, die Verfeinerung und Vertiefung der falschen Linie,
- als Ergebnis dessen eine heutige Linie, die in den zentralen Fragen r e v i s i o n i s t i s c h ist,

zu der Entscheidung, die Beziehungen zur TKP/ML(B) abzubrechen, nachdem schon im März 1983 die Beziehungen zum ZK der TKP/ML(B) abgebrochen worden waren.

Die zu diesem Zeitpunkt von uns noch eingeräumte, wenn auch äußerst unwahrscheinliche Möglichkeit, daß ein 1983 in Aussicht gestellter 3.Parteitag der TKP/ML(B), zu dem auch die Bruderorganisationen eingeladen werden sollten (siehe hierzu "Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B)", VII, S.93), doch noch eine Wende zum besseren hätte bringen können, hat sich endgültig zerschlagen. Der Parteitag hat nicht, wie angekündigt, stattgefunden, und eine inhaltliche Polemik über die zentralen ideologischen Fragen, eine Antwort und Auseinandersetzung mit unseren grundsätzlichen, ausführlichen und öffentlich vorgetragenen Kritiken findet nach wie vor n i c h t statt.

Unter all diesen Voraussetzungen wäre eine weitere Aufrechterhaltung der Bruderbeziehungen mit der TKP/ML(B) ein Verrat am Kampf der wirklichen Marxisten-Leninisten der Türkei bei ihrem Kampf um den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei.

30.Jänner 1984 MLPÖ, GDS, WBK ●

» Wir müssen die Grenzen sprengen... «

"Wir müssen die Grenzen sprengen", "fremde Märkte e r o b e r n" - diese unverhüllten imperialistischen Sprüche stammen nicht aus einem Propaganda-Hetzblatt der Hitlerfaschisten vom Vorabend ihres Raubkriegs um "mehr Lebensraum" für das deutsche Finanzkapital. Nein, das sind die wortwörtlichen Formulierungen einer SPÖ-Anzeige in der "Kronenzeitung" vom 25. März 1984 anläßlich der Reise von Sinowatz nach Indien und in den Nahen Osten, bei der ihn ein ganzer Tross Vertreter des österreichischen Monopolkapitals begleitete.



Die österreichischen Arbeiter sollen sich hinter ihre "eigenen" Ausbeuter stellen, "denn Export bedeutet Arbeit" - das ist es, was die Sachwalter des österreichischen Imperialismus uns einreden wollen.

Diese "Botschaft" richtet sich in Wirklichkeit g e g e n die einfachen Arbeiter und Werktätigen. Niemals kann es in ihrem Interesse liegen, die "eigenen" Imperialisten bei der Ausbeutung und Versklavung anderer Völker, im Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Mächten, zu unterstützen !

Wenn sich die arbeitenden Massen Österreichs widerstandslos vor den schmutzigen Karren der imperialistischen Bourgeoisie spannen lassen und die imperialistischen Machenschaften ihrer "eigenen" Bourgeoisie nicht unversöhnlich bekämpfen, so machen sie sich nicht nur an dieser imperialistischen Politik mitschuldig, sondern bedeutet das zugleich auch, daß ihr eigener Kampf nicht vom Fleck kommen kann:

● Immer wieder hat sich bestätigt, was bereits die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, immer und immer wieder gelehrt haben: EIN VOLK, DAS ANDERE VÖLKER UNTERDRÜCKT, KANN SELBST NICHT FREI SEIN, SCHMIEDET SEINE EIGENEN KETTEN FESTER ! Eine Arbeiterklasse, welche der imperialistischen Unterjochung und Auspressung anderer Völker gleichgültig gegenüber steht, diese duldet oder sogar gutheißt, kann niemals im Kampf für ihre sozialistischen Ziele vorankommen, sondern ist und bleibt politisch ein ohnmächtiges Anhängsel der Bourgeoisie.

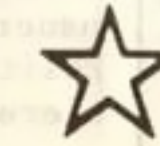
● Die Behauptung "Export sichert Arbeit" ist durch und durch demagogisch. In Wirklichkeit bedeutet sie für die arbeitenden Menschen unseres Landes "Gürtel enger schnallen". Sie ist ein reaktionäres "Argument", warum keine "zu hohen" Löhne gefordert werden dürften, d.h. Lohnraub hingenommen werden müsse, damit "Österreichs Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt", weshalb auch rationalisiert wird, um die Produktivität zu erreichen, die nötig sei, um "mithalten" zu können - und das mache "leider" erforderlich, Massen von Arbeitern aufs Straßenpflaster zu werfen !

● Schließlich: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" - und die Fortsetzung der Politik "fremde Märkte e r o b e r n" ist der imperialistische Krieg zur Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten, der Krieg der imperialistischen "Groß" u n d "Klein"mächte um die größten Brocken der imperialistischen Beute. Imperialistischer Krieg - das bedeutet, daß sich die Arbeiter und unterdrückten Völker der Welt gegenseitig zu Millionen abschlachten, um die Frage zu entscheiden, welchem ihrer Herren der größte Anteil an der Beute zufallen soll !

Die SPÖ-Anzeige ist nur e i n Beispiel dafür, wie die Interessenvertreter der imperialistischen Bourgeoisie die arbeitenden Massen Österreichs im Sinne einer Unterstützung für ihre imperialistische Politik bearbeiten. Leider haben sie damit nicht geringen Erfolg. Es gibt heute nicht wenige arbeitende Menschen, welche die reaktionäre Demagogie der Bourgeoisie nachplappern und glauben, daß etwa mit der massiven Rüstungsproduktion und der Ausrüstung faschistischer und sonstiger reaktionärer Regimes auf der Welt ihre eigenen Arbeitsplätze "gesichert" seien und sogar nichts daran finden, daß eben die von ihnen produzierten Panzer g e g e n ihre Klassenbrüder in Bolivien, Argentinien, Marokko usw. eingesetzt werden, die für ihre elementaren Lebensrechte, für A r b e i t, Brot und Freiheit demonstrieren und mit ihrem heroischen Kampf gegen den Imperialismus gerade auch für die Arbeiter Österreichs kämpfen. Sitzen sie damit nicht dem selben Betrug auf, mit dem Hitler seinerzeit das deutsche und das österreichische Volk für die verbrecherischen Ziele des deutschen Imperialismus köderte und haben sie vergessen, daß all das, was sie heute vermeintlich in ihrem eigenen Interesse unterstützen, sich schon morgen gegen sie selbst richten wird, wenn das kapitalistische System sie als Opfer verlangt ?

Die reaktionäre bürgerliche Demagogie, der imperialistische Chauvinismus müssen unversöhnlich bekämpft werden. Dieser unversöhnliche Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß hat einerseits zum Ziel, die breiten Massen des arbeitenden Volkes zu überzeugen, sie über ihre wirklichen Interessen aufzuklären, denn s i e haben in Wirklichkeit k e i n Interesse an der Unterstützung der Bourgeoisie und können keines daran haben. Der Erfolg dieses Kampfes hat andererseits aber zur unabdingbaren Voraussetzung, erbarmungslos all jene zu entlarven und zu bekämpfen, welche im Proletariat und unter den werktätigen Massen das bürgerliche chauvinistische Gift verspritzen, weil sie selbst Nutznießer und Schmarotzer der imperialistischen Ausbeutung, von der imperialistischen Bourgeoisie bestochene Arbeiteraristokraten, sind.

Nicht in einer "Interessengemeinschaft" mit den "eigenen" Ausbeutern, nicht in der sklavenhaften Unterordnung unter die imperialistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie liegt der Ausweg für das Proletariat und die anderen Werktätigen, sondern im unversöhnlichen Kampf gegen sie und alle ihre Handlanger, im Kampfbündnis mit den von dieser Bourgeoisie unterjochten bzw. mitunterdrückten Völkern - mit dem Ziel der Zerschlagung dieses gesamten imperialistischen Ausbeutersystems in der proletarischen Revolution.●



IDEOLOGISCHE DEBATTE

MUSS EINE RICHTIGE POLITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UNMITTELBAR ZU EINEM "WESENTLICHEN EINFLUSS" IN DER ARBEITERKLASSE FÜHREN?

Von einem Leser der "Roten Fahne" erhielten wir die folgende Kritik:

Liebe Freunde !

Im Artikel "Die historischen Lehren des Februar 1934" (RF 149; enthalten in der Broschüre "Revolutionäre Lehren des 12. Februar 1934", S.19-29) wird zwar scharf herausgearbeitet und deutlich gemacht, auf welche Weise die durch und durch reformistische Sozialdemokratie die österreichische Arbeiterklasse mittels Illusionen in die Defensive und schließlich in die Niederlage führte. Es wird auch erklärt, mit welchen Mitteln es dem 'Austromarxismus' gelang, einen derart dominierenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten, und im Abschnitt "Nur die Wahrheit ist revolutionär - Illusionen helfen der Reaktion" (S. 28 f.) wird auch richtig festgestellt, daß die KPÖ schließlich nach der Februar-Niederlage "nun die Früchte ihres fünfzehnjährigen zähen und oft fast aussichtslos scheinenden Kampfes gegen Berge von Illusionen und Unwissenheit... (ernten)" konnte.

Doch diesen Abschnitt durchzieht insgesamt eine fatalistische und einseitig verabsolutierende, schematische Sichtweise der historischen Entwicklung in den Jahren vor 1934:

So wird einseitig die prinzipienfeste Haltung der KPÖ hervorgehoben und betont, daß sie "keine Angst (hatte), die Wahrheit auch dann zu sagen, wenn das unpopulär war..." usw. bis im Februar 1934 "die Illusionen (der sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter) zerplatzten". Damit wird unterstellt, daß es gar nicht anders kommen hätte können, als daß sich die Arbeiterklasse sozusagen die Schädel anrennen mußte, um die "volle, ungeschminkte revolutionäre Wahrheit" erkennen zu können. Dabei drückt man sich jedoch um die Frage, welche Fehler die Kommunisten damals machten, daß es ihnen nicht schon vor der entscheidenden Niederlage der Arbeiterklasse gelang, wesentlichen Einfluß zu gewinnen.

Natürlich ist es unbedingt richtig - wenn man die "historischen Lehren" zieht - die Speerspitze der Kritik gegen die verräterische Rolle der Sozialdemokratie zu richten; sie war es ja, die die Arbeiterklasse in die Niederlage geführt hat. Doch stellt sich gerade in der heutigen Situation, wo die SP wieder (bzw. mit kurzer Unterbrechung nach wie vor) fast unumschränkten politisch-ideologischen Einfluß auf die österreichische Arbeiterklasse ausübt, die Frage, wie die Kommunisten damals den verderblichen Einfluß hätten brechen können, welche Fehler dabei begangen wurden, und was wir heute daraus für Folgerungen für die heutige Arbeit ziehen müssen, um nicht nach einem weiteren 1934 erneut sagen zu müssen: 'Wir waren zwar prinzipienfest, "machten keiner dieser Illusionen irgendwelche Zugeständnisse", sind aber trotzdem wieder gescheitert'!

Mir ist voll bewußt, daß ein derartiger Artikel nicht der Platz ist, solche Fragen eingehender zu behandeln, doch halte ich die implizite Linie des gesamten Abschnittes ('prinzipienfest in die Niederlage') für ausgesprochen fatalistisch und deshalb falsch.

Mir fehlen allerdings die nötigen genaueren Kenntnisse über die damalige Politik der KPÖ, um - vermutlich sektiererische - Fehler der österreichischen Kommunisten anführen und analysieren zu können, doch will ich zumindest einige Fragen aufwerfen:

- Hat die KPÖ die Generallinie der KI in richtiger Weise auf die besonderen österreichischen Verhältnisse angewendet? Oder hat sie z.B. schematisch und unüberprüft taktische Festlegungen - insbesondere der deutschen KP (die sich in einer in vielen Punkten anderen Situation befand) - einfach für Österreich übernommen ?
- Hat die KPÖ den Niedergang der revolutionären Bewegung von 1918/19 bis Mitte der 2oer Jahre korrekt eingeschätzt und eine korrekte Taktik entwickelt?
- Hatte die KPÖ wirklich mit allen sozialdemokratischen Illusionen gebrochen? Oder hatte die KPÖ - trotz einer grundlegend prinzipienfesten Haltung - dennoch gewisse Illusionen bezüglich der Perspektiven des - sozialdemokratisch dominierten - Kampfes der österreichischen Arbeiterklasse?
- Hat die KPÖ spätestens aus den Ereignissen vom 15. Juli 1927 taktische Schlußfolgerungen für ihre Arbeit gezogen? Welche? Oder hat sie das sozialfaschistische Vorgehen unter Polizeipräsidenten Schober 'nur' als Bestätigung ihrer 'prinzipienfesten Linie' zur Kenntnis genommen?
- Hat sie die defätistische Entwicklung unter den sozialdemokratischen Arbeitern (Enttäuschung - Verbitterung - Rückzug aus der 'Politik') erkannt, korrekt behandelt und entsprechende Maßnahmen gesetzt?

Gerade heute, wo von vielen marxistisch-leninistischen Organisationen (und solchen, die sich selbst so bezeichnen) in der Frage der Kritik und Selbstkritik schwere Fehler begangen werden ("die jeweilige Linie der Partei ist/war korrekt und fehlerlos"), halte ich es für unbedingt notwendig, mit derartigen Tendenzen - die sich eben auch in Publikationen der MLPÖ finden - schonungslos aufzuräumen.

Mit revolutionären Grüßen

E.B.

★★★

Stellungnahme zum Leserbrief von E.B.

Die in dem Leserbrief geäußerte Kritik an dem Abschnitt "Nur die Wahrheit ist revolutionär - Illusionen helfen der Reaktion" des Artikels "AUS DER VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT LERNEN!" halten wir für in jeder Hinsicht f a l s c h.

1) Die Kritik des Leserbriefs beruht auf der oberflächlichen These, daß "Fehler der Kommunisten" die Schuld dafür trügen, "daß es ihnen nicht schon vor der entscheidenden Niederlage der Arbeiterklasse gelang, wesentlichen Einfluß zu gewinnen".

Der Kommunistischen Partei gelang es nicht rechtzeitig, "wesentlichen Einfluß" zu gewinnen - da müssen Fehler gemacht worden sein. Das ist die prinzipiell falsche These des Kritikers.

Die Position des Verfassers besagt also im Kern: Hat die kommunistische Partei eine richtige Linie und führt sie eine korrekte Politik durch, so muß sie mehr oder minder unmittelbar "wesentlichen Einfluß" erlangen; mehr noch: dann darf es eigentlich keine schweren Niederlagen geben, dann führt sie das Proletariat im Klassenkampf von einem Sieg zum anderen.

Ein solcher Standpunkt ist grundlegend antimarxistisch.

Im Kampf gegen Verleumdungen der richtigen Linie der Komintern hat Genosse Stalin prinzipiell festgestellt:

◆ "Nur wer mit dem Marxismus gebrochen hat, kann verlangen, daß eine richtige Politik stets und unter allen Umständen u n m i t t e l - b a r zum Sieg über den Gegner führe...

◆ Eine richtige Politik muß keineswegs stets und unter allen Umständen unmittelbar zum Sieg über den Gegner führen. Der unmittelbare Sieg über den Gegner wird nicht nur durch eine richtige Politik bestimmt, sondern außerdem, vor allem

> und hauptsächlich, durch das Verhältnis der Klassenkräfte, durch ein offensichtliches Übergewicht der Kräfte auf seiten der Revolution, durch Zerfall im Lager des Gegners, durch eine günstige internationale Situation.
>
> Nur unter diesen Voraussetzungen kann eine richtige Politik des Proletariats unmittelbar zum Sieg führen." (Stalin, Notizen über Gegenwartsthemen, 1927, SW 9, S.297/298)

War die Linie und die Politik der Bolschewiki in der Revolution von 1905 richtig? Ganz gewiß, und dennoch erlitt die Revolution von 1905 eine Niederlage.

Der Maßstab einer richtigen Linie und Politik ist eben nicht der unmittelbare "Erfolg", gemessen an der Zunahme des "wesentlichen Einflusses" der Partei unter den Massen. Die These, daß "richtig" sei, was unmittelbar "Erfolg" bringt, ist zutiefst bürgerlicher Pragmatismus. Diese These führt zwangsläufig zu einer opportunistischen Politik, zum prinzipienlosen Streben nach Augenblickserfolgen.

Aufgrund seines prinzipiell falschen, pragmatischen Standpunkts gelangt der Verfasser des Leserbriefs dahin, alles auf den Kopf zu stellen. Er stellt in Abrede, daß sich die prinzipienfeste Politik der KPÖ, den Illusionen der Massen keinerlei Zugeständnisse zu machen, die so lange keinen "Erfolg" in Bezug auf "wesentlichen Masseneinfluß" brachte, sich gerade zu Beginn der Dreißiger Jahre b e w ä h r t e. Er behauptet das gerade Gegenteil: Im Februar 1934 sei auch die Politik der KPÖ "g e s c h e i t e r t".

Die Politik der KPÖ der 1. Republik bewährte sich nicht gemäß dem opportunistischen Kriterium des unmittelbaren "Erfolgs", sondern gemäß jenem Kriterium, das Genosse Stalin im Anschluß an die oben zitierte Passage anführt. Nachdem er erläutert hat, daß die Richtigkeit einer politischen Linie nicht davon abhängt, ob sie unmittelbar zum Sieg führt, schreibt er:

> "Es gibt aber eine unerläßliche Forderung, der eine richtige Politik stets und unter allen Umständen entsprechen muß. Diese Forderung besteht darin, daß die Politik der Partei die Kampffähigkeit des Proletariats steigern, seine Verbindungen mit den werktätigen Massen erweitern, die Autorität des Proletariats unter den Massen erhöhen, das Proletariat zum Hegemon der Revolution machen muß." (Stalin, SW 9, S.298)

Gerade in diesem Sinne bewährte sich die prinzipienfeste Linie der jungen KPÖ, was eben auch dazu führte, daß tausende der besten Aktivisten der Arbeiterbewegung nach wiederholten bitteren Erfahrungen erkannten, "daß die e i n z i g e n, d i e s i e n i c h t b e l o g e n h a t t e n, die konsequent die revolutionären Erkenntnisse des M a r x i s m u s - L e n i n i s m u s vertretenden Kommunisten waren - und sie schlossen sich daher ihrer Partei an". ("Revolutionäre Lehren...", S. 29).

2) Der Kritiker behauptet, in dem Artikel "drückt man sich jedoch um die Frage, welche Fehler die Kommunisten machten". Es kämen darin "Tendenzen" zum Vorschein wie "die jeweilige Linie der Partei ist/war korrekt und fehlerfrei", mit denen es "schonungslos aufzuräumen" gelte.

Zunächst: In dem Artikel wird an keiner Stelle behauptet, daß die Linie und die Politik der KPÖ "fehlerfrei" gewesen seien. Gleich am Anfang wird auch darauf verwiesen, daß die KPÖ "unter allen möglichen Kinderkrankheiten" gelitten hat (S.5). In dem von E.B. kritisierten Absatz wird festgestellt, daß die KPÖ "damals eine im wesentlichen r i c h t i g e, grundsätzlich m a r x i s t i s c h - l e n i n i s t i s c h e Linie hatte" (S.28).

In Wirklichkeit geht es gar nicht um die Frage von Kritik und Selbstkritik. Kern der Sache ist, daß aus der pragmatischen Position des Briefschreibers, die Richtigkeit einer Linie und Politik unmittelbar am "Erfolg" zu messen, unvermeidlich die Forderung nach "Überprüfung" der Linie folgt, wenn der unmittelbar sichtbare "Erfolg" nicht eintritt oder eine Niederlage im Klassenkampf zu verzeichnen ist.

Auch der Verfasser des Leserbriefes wird nicht bestreiten wollen, daß die Linie der Bolschewiki im Jahre 1905 richtig war. Dennoch erlitt die Revolution eine Niederlage. War nun die Linie der Bolschewiki gescheitert? Nein! Es war die einzig richtige Linie, die bei den entsprechenden Voraussetzungen (die 1905 noch nicht reif waren) zum Sieg führen konnte. Auf dieser Linie mußte bestanden und sie mußte gegen alle Versuche, sich von ihr loszusagen, sie durch eine andere zu ersetzen, unversöhnlich verteidigt werden.

3) Im Leserbrief wird behauptet, es werde in dem RF-Artikel in Bezug auf die Niederlage der österreichischen Arbeiter 1934 "unterstellt, daß es gar nicht anders kommen hätte können, als daß sich die Arbeiterklasse sozusagen die Schädel anrennen mußte, um die 'volle, ungeschminkte revolutionäre Wahrheit' erkennen zu können."

Das entscheidend Falsche daran ist nicht, daß der Kritiker hier selbst was "unterstellt". Denn nirgends wird in dem Artikel dergleichen behauptet. In dem Artikel heißt es allerdings, daß tausende der besten Aktivisten der Arbeiterbewegung die Richtigkeit der Standpunkte, Linie und Politik der Kommunisten "nach wiederholten bitteren Erfahrungen" erkannten (S.29).

Die eigenen Erfahrungen der Massen - das ist ein springender Punkt. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß auch die beste Agitation und Propaganda der kommunistischen Partei allein nicht genügt, um die Massen zu gewinnen. Dazu bedarf es noch einer weiteren unerläßlichen Voraussetzung:

> "Die Massen überzeugen kann man jedoch nicht durch Propaganda und Agitation allein. Dazu ist notwendig, daß die breiten Massen selbst am eigenen Leibe die Unvermeidlichkeit, sagen wir, des Sturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Unvermeidlichkeit der Errichtung einer neuen politischen und sozialen Ordnung spüren." (Stalin, Notizen über Gegenwartsthemen, 1927, SW 9, S. 301)

Ohne ihre eigenen Erfahrungen können die Massen nicht mit ihren Illusionen brechen und im Falle der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Ersten Republik erwies es sich, daß die Illusionen tatsächlich so stark waren, daß sie erst "nach wiederholten bitteren Erfahrungen" in größeren Teilen der Arbeiterschaft zu zerbrechen begannen.

Nur wenn man das grundlegende taktische Prinzip des Leninismus, daß die Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen überzeugt werden müssen, mißachtet, kann man zu der opportunistischen Schlußfolgerung gelangen, daß es unbedingt "Fehler der Kommunisten" gewesen sein müssen, welche verhindert hätten, daß die kommunistische Partei schon vor 1934 "wesentlichen Einfluß" erlangte. Der Verfasser des Leserbriefs schreibt zwar einiges über "Taktik", doch dieses entscheidende taktische Prinzip des Leninismus begreift er anscheinend nicht, setzt sich darüber hinweg und macht es sogar lächerlich ("Schädel anrennen").

4) Der Kritiker wirft die Frage auf, ob denn die damalige KPÖ "eine korrekte Taktik" entwickelt und aus den Ereignissen die notwendigen "taktischen Schlußfolgerungen für ihre Arbeit gezogen" habe. Dahinter steht die These: Mit mehr "taktischem Geschick" hätte es gelingen müssen, "wesentlichen Einfluß" zu erlangen.

Der Verfasser des Briefes wird hier nicht konkret, doch erscheint uns die ganze Richtung seiner Fragestellungen in Bezug auf "Taktik" falsch zu sein. Im Grunde stellt er die Frage der Taktik von dem Standpunkt, wie es möglich gewesen wäre, daß die KPÖ schon früher "wesentlichen Einfluß" erlangt hätte. Das ist aber falsch! Die Taktik der kommunistischen Partei dient nicht einfach dazu, mehr Einfluß zu bekommen, sondern ist ein Mittel zur Erreichung des strategischen Ziels und dem untergeordnet. Wie Stalin sagt:

> "Die Taktik kann sich nicht Augenblicksinteressen unterwerfen, sie darf sich nicht von Erwägungen des unmittelbaren politischen Effekts leiten lassen, noch viel weniger darf sie sich von der festen Erde lösen und Luftschlösser bauen - die Taktik muß entsprechend den Auf-

gaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut werden." (Stalin, Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, 1923, SW 5, S.148)

Die Taktik muß der Strategie untergeordnet sein und ihr dienen. Das bedeutet auch, daß auf einen taktischen Erfolg dann verzichtet werden muß, wenn er den strategischen Erfolg untergräbt oder hinausschiebt. Stalin gibt dafür ein Beispiel:

"Unsere Antikriegsagitation unter den Arbeitern und Soldaten Anfang 1917 unter Kerenski ergab unzweifelhaft ein taktisches Minus, denn die Menge holte unsere Redner vom Rednerpult herunter, verprügelte sie, riß sie mitunter in Stücke, die Masse strömte nicht der Partei zu, sondern strömte von ihr weg. Doch bereitete diese Agitation ungeachtet ihres taktischen Mißerfolgs, einen großen strategischen Erfolg vor, denn die Massen sahen bald ein, daß unsere Agitation gegen den Krieg richtig war, und dies beschleunigte und erleichterte nachher ihren Übergang auf die Seite der Partei." (Stalin, Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, Entwurf einer Broschüre, 1921, SW 5, S.56)

Auch den Agitatoren und Propagandisten der KPÖ ging es in der 1. Republik immer wieder so. Dennoch war die einzig richtige Taktik jene, welche die Illusionen nicht duldete sondern bekämpfte. Nur eine solche unnachgiebige Taktik lag auf der Linie der Vorbereitung des strategischen Erfolgs und beschleunigte und erleichterte nachher den Übergang der Massen auf die Seite der Partei - gerade auch nach dem 12. Februar 1934!

5) Über die Frage, ob die subjektiven Fehler der KPÖ der 1. Republik verhindert hätten, daß die Partei schon früher "wesentlichen Einfluß" erlangen konnte, bekämpft interessanterweise schon Stalin im Jahre 1927 die opportunistische "Opposition" in der KPdSU(B). Im Zusammenhang mit den verleumderischen Ausfällen Sinowjews gegen die KPÖ nach den Juli-Ereignissen 1927 in Wien sagte Stalin:

"Über Österreich. Sinowjew hat hier behauptet, die österreichische Kommunistische Partei sei schwach, sie habe nicht verstanden, die Führung der Aktion zu übernehmen, die vor kurzem in Wien stattgefunden hat. Das stimmt und stimmt auch nicht. Daß die österreichische Kommunistische Partei schwach ist, das stimmt. Aber bestreiten, daß sie richtig gehandelt hat, heißt sie verleumden. Ja, sie ist noch schwach, aber schwach ist sie unter anderem deshalb, weil noch nicht jene tiefe revolutionäre Krise des Kapitalismus besteht, die die Massen revolutioniert, die die Sozialdemokratie desorganisiert und die Chancen des Kommunismus schnell erhöht, sie ist schwach, weil sie jung ist, weil in Österreich schon seit langem die Herrschaft der sozialdemokratischen 'Linken' besteht, die unter dem Deckmantel linker Phrasen eine rechte, opportunistische Politik zu betreiben versteht, weil es unmöglich ist die Sozialdemokratie auf einen Hieb zu zerschlagen. Aber worauf will Sinowjew eigentlich hinaus? Er deutet an, wagt aber nicht, so geradeheraus zu sagen, daß es die Schuld der Komintern sei, wenn die österreichische Kommunistische Partei schwach ist. Offensichtlich wollte er das sagen. Aber das ist schon ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Das ist eine Verleumdung. Im Gegenteil, gerade seit Sinowjew nicht mehr Vorsitzender der Komintern ist, blieb die österreichische Kommunistische Partei von dem ständigen Hin- und Hergezerre, von der chaotischen Einmischung in ihr inneres Leben verschont und erhielt so die Möglichkeit vorwärtszukommen, sich zu entwickeln. Zeugt denn die Tatsache, daß sie es verstanden hat, an den Wiener Ereignissen aktiv teilzunehmen und sich die Sympathie der Arbeitermassen zu erobern - zeugt das etwa nicht davon, daß die österreichische Kommunistische Partei wächst und sich in eine Massenpartei verwandelt? Wie kann man diese offensichtlichen Tatsachen bestreiten?" (Stalin, "Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR", SW 10, S.5)

Der Verfasser des Leserbriefs behauptet nicht, daß die Komintern oder der "Stalinismus" Schuld sei, daß die KPÖ damals schwach war, doch er haut in dieselbe Kerbe, wenn er die Ursache der Schwäche der KPÖ in deren "Fehlern" sucht. Im welcher Gesellschaft er sich hier befindet, illustriert im übrigen ein trotzkistisches Flugblatt, welches im Februar dieses Jahres sowohl die GRM- als auch die IKL-Trotzkisten neu veröffentlicht haben. In diesem von dem Führer der trotzkistischen "KPÖ-Opposition" in den Zwanzigerjahren, Frey, verfaßten Pamphlet heißt es in verblüffender Ähnlichkeit zu dem, was der Verfasser des Leserbriefes schreibt:

> "So klein die KP war, bei richtiger Politik wäre sie imstande gewesen, die furchtbaren Folgen der sozialdemokratischen Verratspolitik wettzumachen, die Arbeiter rechtzeitig von der SP loszulösen und überzuleiten auf die Linie des revolutionären Massenkampfes gegen die Bourgeoisie unter der Führung der KP. Allein die verbrecherische Politik des Stalinismus, die sich raffiniert mit kreischendem Scheinradikalismus maskierte, hat die KP daran gehindert." ("die linke", Nr.3, 15.2.1984, S.11)

Sollte das dem Verfasser des Leserbriefs nicht zu denken geben ?!

Abschließende Bemerkung:

Der Leserbrief von E.B. läuft insgesamt auf die Verunglimpfung der einzig richtigen Politik, der prinzipienfesten Politik, hinaus.

Alle Illusionen unversöhnlich bekämpfen, nicht an den Illusionen "anknüpfen", sondern an den Tatsachen, stets die ganze revolutionäre Wahrheit sagen, auch wenn das unpopulär ist - diese entscheidenden Erfordernisse einer prinzipienfesten Politik mißachtet der Briefschreiber und erklärt "die implizite Linie des gesamten Abschnitts ('prinzipienfest in die Niederlage') für ausgesprochen fatalistisch und deshalb falsch."

Proletarisch-revolutionäre Politik, welche sich auf die wissenschaftliche Einsicht in die objektiven Notwendig-

keiten, auf die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung stützt, eben von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ausgeht und sich von diesen leiten läßt, erscheint ihm Ausdruck einer "insgesamt ... fatalistischen und einseitig verabsolutierenden (was immer das sein mag, AdV), schematischen Sichtweise der historischen Entwicklung".

Was bleibt als "Alternative"? Eine nicht "fatalistische" Politik, die "realistisch" das jeweils "Mögliche" versucht, dem jeweils "greifbaren" 'Erfolg' nachjagt, den Weg des geringsten Widerstands geht, kurzum schrankenloser Opportunismus !

Wenn der Verfasser des Leserbriefs, mit dem wir bereits in einem längeren Diskussionszusammenhang stehen, einen bescheidenen Beitrag zur Unterstützung der Sache des Marxismus-Leninismus - und nicht zur weiteren Verbreitung des Opportunismus - leisten will, dann muß er sich zuallererst willens und fähig erweisen, mit seinen opportunistischen Standpunkten "schonungslos aufzuräumen" - hier liegt tatsächlich ein breites Feld der Anwendung von Selbstkritik für ihn.